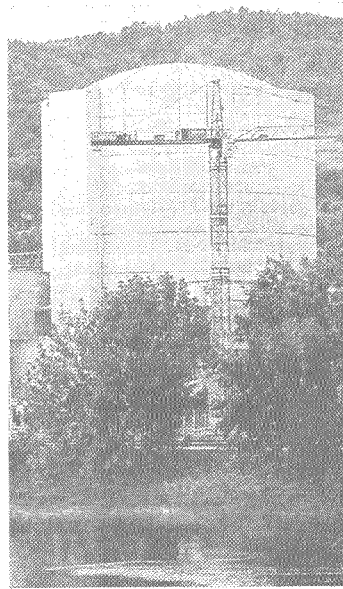


Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

Osteuropahilfe: Eindrücke und Ideen



Osteuropahilfe hat viele Aspekte: Nationalrat Mühlemann (TG) im Gespräch mit Ärzten in Tirana, Nationalrat Scheidegger (SO) in einem albanischen Wahllokal (von links). Überprüfung der Kernkraftwerke im ehemaligen Ostblock, das die Idee von Nationalrat Fischer (AG).

Im Januar hat der Ständerat als Zweitrat die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten befürwortet und einen Rahmenkredit von 800 Millionen Franken zur Finanzierung von Aktionen zugunsten des Reformprozesses in Ost- und Mitteleuropa bewilligt. Besonders auch freisinnige Politiker haben Ideen entwickelt über den Einsatz dieser Mittel.

AMK. Die Schweiz sollte das kleine Land Albanien besonders unterstützen. Das ist die Meinung des Thurgauer Nationalrats Ernst Mühlemann. Die Schweiz muss so oder so Schwerpunkte bilden in ihrer Osthilfe. Und Albanien bietet sich für die Schweiz als Testfall an. Es hat unsere Grössenordnung und damit günstige Voraussetzungen für ein massgeschneidertes Patronat durch die Eidgenossenschaft. Albanien ist zudem kein hoffnungsloses Armenhaus, wie Mühlemann aus eigener Anschauung

zu berichten weiss, sondern «ein demokratisches Neuland, das es zu fördern gilt».

Ebenfalls in Albanien war der Solothurner Nationalrat Urs Scheidegger. Als Beobachter verfolgte er Ende März 1992 die Wahlen. Er stellte fest: Nach dem überwältigenden Sieg der Demokraten ist die «Nacht des Kommunismus zu Ende». Nun aber steht die junge Demokratie grossen Erwartungen der hungernden Bevölkerung gegenüber.

Mit dem Problem der Sanierungsbedürftigen Kernkraftwerke in den ehemaligen Ostblockstaaten hat sich der Aargauer Nationalrat Ulrich Fischer beschäftigt. Er schlägt vor, dass die Schweiz im Rahmen der Osteuropahilfe ihre Nuklearfachleute zur Überprüfung und eventuellen Sanierung der dortigen Kernkraftwerke einsetzen soll. Die Idee ist bei den Fachleuten bereits sehr gut aufgenommen worden.

Zu SP und F/A-18

Über Ostern hat SP-Parteipräsident Bodenmann Bundesrat Villiger eine Strafklage angedroht. Anlass dazu war die Vorauszahlung von 50 Millionen Franken für das Kampfflugzeug F/A-18.

Einmal mehr fragt sich, wieweit die SP in der Provozierung der Bürgerlichen, speziell in ihrer Animosität zum EMD, noch gehen kann.

Was meint FDP-Parteipräsident Franz Steinegger zur Zauberformel, zur Agitation der SP im Bereiche der Sicherheitspolitik und zur Beschaffung des F/A-18? Was sagt er zur Beschaffungsfrage in Hinblick auf die schwierige Lage der Bundesfinanzen?



Inhalt

- Warum die Asylinitiative der SVP nichts bringt, lesen Sie auf Seite **9**
- Schweizerisches Selbstverständnis und die EG ist das Thema ab Seite **10**
- Mit der Hilfe für Osteuropa beschäftigen wir uns ab Seite **13**

Lesen Sie ab Seite 13

Lesen Sie ab Seite 5

Jeder hat bei jedem Minderheiten

Auf dem gesamten Balkan herrscht ein Vielvölkergemisch. Grenzen von Nationalstaaten zu ziehen hat schon immer Krieg bedeutet. Auf dem Berliner Kongress 1878 wurde eine Grenzordnung, eine Staatenordnung versucht. Geschaffen wurden Serbien, Montenegro, Bulgarien, Rumänien und Griechenland, neben europäischen Resten des osmanischen (türkischen) Reiches. Jeder dieser Staaten hatte und hat bei jedem Minderheiten.

Jacques Baumgartner

Die Grundlage für Kriege war gegeben, so 1897 für den griechisch-türkischen Krieg, für die zwei Balkankriege 1912/13 und für den Ersten Weltkrieg 1914, der in Sarajewo seinen Anfang nahm. Für Griechenland endete der Zweite Weltkrieg wegen der von seinen nördlichen Nachbarn ausgelösten kommunistischen Rebellion erst 1949. Die Grundlage für Kriege ist auch heute gegeben, wie seit bald einem Jahr die Serben in Ex-Jugoslawien «vor-exerzieren».

Der Balkan ist nach dem Ende des kalten Krieges die spannungsreichste Region Europas.

Zusammenbruch des Kommunismus bedeutet nicht Frieden

Zur bitteren Realität gehört beispielsweise, dass das Dreieck europäische Türkei, griechisches Thrakien und bulgarische Südostprovinzen heute das am stärksten bewaffnete Gebiet Europas ist. Überall sieht man alte, geschichtlich kompliziert verwurzelte und neu entstandene wirtschaftliche und politische Spannungsfelder, so beispielsweise in Griechenland und in Bulgarien wegen der Bürger türkischer Herkunft, in Ex-Jugoslawien wegen der Serben, Kroaten, Slowenen, Bosnier, Albaner. Aber auch in der Türkei gibt es Nationalitätenprobleme, die Kurdenfrage.

Tschawdar Palawew, ein bulgarischer Friedensforscher und Experte in Sicherheitspolitik, sieht sogar die grösste geschichtliche Gefahr für Südosteuropa «in der Möglichkeit eines globalen Nord-Süd-Konfliktes, der dann in dieser Region Europas seine territoriale Grenze fände». Die verschiedenen ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen könnten zu «Brückenköpfen des islamischen Fundamentalismus in Europa werden».

Für den griechischen Politikwissenschaftler und Sicherheitsexperten Gregor Manoussakis «ist ein wesentlicher Bestandteil der Tradition der Balkanvölker der aggressive Nationalismus». Staatsvölker waren schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf dem Balkan vorhanden, aber keines von ihnen war, im Sinne des modernen Nationalismus, ethnisch rein. In diesem Völkergemisch Grenzen von Nationalstaaten zu ziehen bedeutete (und bedeutet) Krieg, Ausrottung, Vertreibung.

Drei Beispiele

In Albanien bilden die Griechen die grösste Minderheit. Nach der Volkszählung von 1989 sind 98 Prozent der Bevölkerung Albaner (3,1 Millionen). Die nichtalbanische Bevölkerung wurde mit 58 758 Griechen, 4697 Mazedoniern, 100 Serben und Montenegrinern angegeben; auf «andere» – Zigeuner und Juden – entfielen 1261. Während der kommunistischen Herrschaft war die Religionsausübung in Alba-

nien verboten, nicht aber der Gebrauch der Sprachen der Minderheiten. Fände heute, im freien Albanien, eine Volkszählung statt, so dürften sich 100 000 Albaner ihrer griechischen Abstammung «entsinnen».

Wegen der diskriminierenden Behandlung seiner bedränglichen türkischen Minderheit zu Ende der achtziger Jahre – als die Kommunisten noch in Sofia regierten – hat Bulgariens Ansehen gelitten. Von den schätzungsweise neun Millionen Bulgaren sind zehn bis fünfzehn Prozent türkischer Herkunft. Von 1984 bis 1989 wurde 350 000 ethnische Türken zum Verlassen Bulgariens gezwungen; 235 000 sollen mittlerweile wieder zurückgekehrt sein. Die heutige, nichtkommunistische Regierung ist auf das Wohlwollen der Abgeordneten der türkischen Minderheit angewiesen.

Pomaken heissen jene 123 000 bulgarischen Slawen, die während der 500jährigen osmanischen (türkischen) Herrschaft zum Islam konvertierten. Zum Islam bekennen sich drei Viertel der einen Million Zigeuner. 1956 lebten, gemäss damaliger Volkszählung, noch 187 729 Mazedonier in Bulgarien. 1965 wurde diese Gemeinschaft noch mit 8750 angegeben; zehn Jahre später «verschwand» sie vollständig. Sowohl Athen als auch Sofia verneinen die Existenz einer mazedonischen Nationalität (sie wurde von Tito künstlich geschaffen), obwohl Bulgarien jetzt – im Unterschied zu Griechenland – Mazedonien, das sich unabhängig erklärt hat, als eine bulgarische «Brudernation» anerkennt. Die armenische Minderheit zählt 22 000 Seelen, jene der Juden 5500 (während des Zweiten Weltkrieges lebten in Bulgarien 60 000 Juden); daneben gibt es über 2000 Karakachani-Nomaden und Gagausen (ethnische Türken christlich-orthodoxen Glaubens). Die von der Macht gewegewählten Kommunisten – sie nennen sich heute Sozialisten – schüren den Na-

tionalismus der «reinen» Bulgaren gegen die türkische Minderheit.

Im «Land der Südslawen», was Jugo-Slawien heisst, leben 23,5 Millionen Menschen: Serben, Kroaten, Muslime, Slowenen, Mazedonier, Montenegriner. Mit nahezu drei Millionen bilden die Albaner die stärkste Minderheit. In der Vojvodina sind eine halbe Million Ungarn zu Hause. Eine Million beträgt die Zahl der Zigeuner, 100 000 jene der Türken. Die rumänische Minderheit beträgt nahezu 60 000 Menschen. Die Bulgaren stellen 37 000, die Ruthenen 23 000, die Italiener 15 000, die Ukrainer 12 000, die Tschechen 10 000. Hinzu kommen noch ein Dutzend ethnischer Minderheitengruppen von wenigen hundert Menschen.

Albaner bleiben draussen vor der Tür

Am vergangenen 27. April schlossen sich Serbien und Montenegro zur «Bundesrepublik Jugoslawien» zusammen. Das neue Jugoslawien wird als «gemeinsamer Staat aller Serben» propagiert.

Aber auch die «Bundesrepublik Jugoslawien» ist mit den gleichen Problemen behaftet wie das alte Jugoslawien. Serben und Montenegriner wollen sich die Schlüsselministerien teilen. In diesem neuen Staat sind die Albaner mit einem Bevölkerungsanteil von fast zwanzig Prozent nach den Serben die zweitstärkste Bevölkerungsgruppe; die Serben machen knappe sechzig Prozent aus. Aber die Albaner werden von der politischen Verantwortung ausgeschlossen.

Nach dem Krieg in Bosnien-Herzegowina dürfte sich die serbische Armee in Richtung Sandzak (Sandschak) bewegen, hernach in Richtung Kosovo vorrücken. Im Sandzak-Einzugsgebiet – zwischen Serbien und Montenegro – leben etwa 300 000 Muslime, die sich nicht mit der serbisch dominierten «Bundesrepublik» abfinden werden. So wird auch im neuen Jugoslawien die Sprengkraft der unbewältigten nationalen Frage (weiter) wirken. □

Urs Locher: ab 1. August 1992 Zofingens neuer Stadtpräsident

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Einflussreiche Politiker und Wirtschaftsführer werden sich zunehmend des alarmierenden Zustandes unseres Planeten Erde bewusst und unternehmen ernsthafte Anstrengungen, um einen ökologischen Kollaps zu verhindern. Nur so werden sich Entwicklung und Umweltschutz versöhnen. Der «Erdgipfel» in Rio im Juli 92 wird einen weiteren Schritt zu einer global verträglichen Entwicklung bilden.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Der sich verbreitende Fremdenhass und die zunehmende Intoleranz weiter Bevölkerungskreise.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Alles hat seine Vor- und Nachteile; deshalb ist diese Frage so eindeutig nicht zu beantworten.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Kurzbiographie
Urs Locher
Zur Person: Geboren am 31. Juli 1940. Verheiratet mit Verena geb. Wildi, Heilpädagogin, Französisch-, Germanistik- und Geschichtsstudium in Zürich und Paris. Hobbies: Liebhaber klassischer Musik, Chorsänger und Tennisspieler.
Alter: 52
Berufliche Stationen und politischer Werdegang: 1966 bis 1981 Hauptlehrer an der Bezirksschule Zofingen. Seit 1981 Sprach- und Staatskundelehrer an der

Die regionale Vielfalt und die zahlreichen landschaftlichen Schönheiten auf engstem Raum.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Die Gartenzaun- und St.-Florians-Mentalität vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

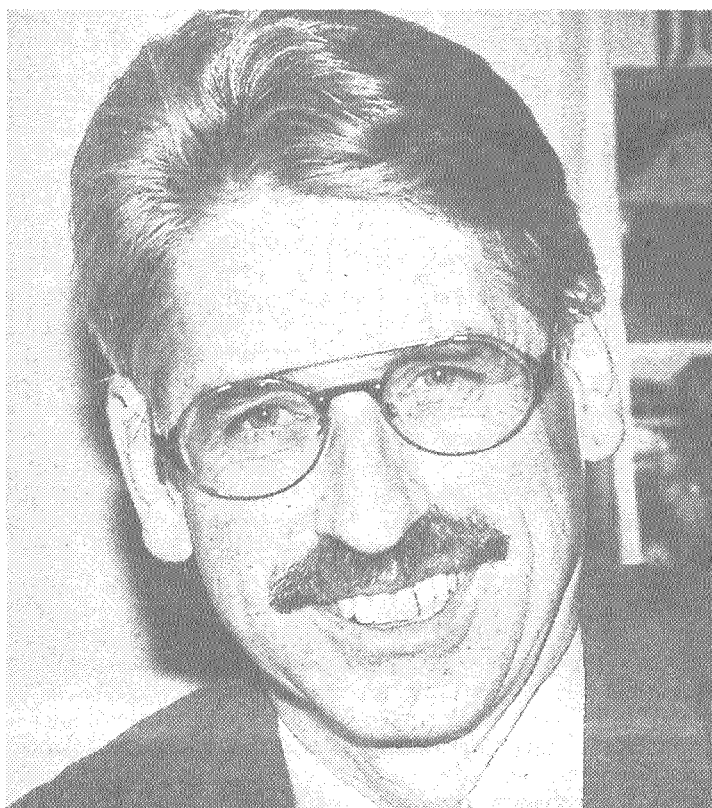
Da halte ich es lieber mit Oscar Wilde: «Der Fortschritt ist in erster Linie eine Verwirklichung von Utopien.»

Warum sind Sie bei der FDP?

Aus Familientradition und liberaler Überzeugung.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Willem de Klerk. Ein Mann mit Mut und Weitsicht, der es wagt, der Apartheid-Politik eine Absage zu erteilen, und der sein Land in eine gesicher-



Urs Locher, Zofingens neuer Stadtpräsident: Gartenzaun- und St.-Florians-Mentalität vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger missfallen ihm.

te Zukunft auf der Basis der Gleichberechtigung von Schwarz und Weiss führen möchte.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch Ehrlichkeit, Offenheit und Sachlichkeit.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Mann und Frau – ein Produkt unserer Schöpfung – ergänzen sich auf ideale Weise. Darum: Gleichberechtigung ja, Gleichmacherei nein!

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Ich explodierte (zu) selten, dafür liebe ich es, scheinbar unvereinbare Positionen zu einem akzeptablen Konsens zu führen.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Meistens zwei, jetzt: Urs Frau-chigers «Verheizte Menschen geben keine Wärme» und Schewardnadses «Die Zukunft gehört der Freiheit».

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Musik hören und Tennis spielen.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Als erfolgreicher Opernsänger auf der Bühne stehen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Nicolas Hayek – eine faszinierende und innovative Persönlichkeit mit unkonventionellen Ideen. □

Marktwirtschaft von unten

Seit dem Zweiten Weltkrieg haben Migrationen in und zwischen den Ländern Lateinamerikas und der Dritten Welt allgemein grosse strukturelle Probleme verursacht, aber auch Entwicklungschancen eröffnet. Während der vergangenen zwei Dekaden sind frühere Verbesserungen im Lebensstandard vieler Länder wieder verlorengegangen. Elend, Armut und Gewalt haben sich erneut ausgebreitet, der Überlebenskampf ist für viele Menschen härter geworden.

«Marktwirtschaft von unten»* bietet eine empirisch sorgfältig dokumentierte Analyse solcher Veränderungen im Falle von Peru und präsentiert eine Erklärung der hinter verschiedenen Phänomenen wirkenden Kräfte: Ein überholtes politisches und rechtliches System, ähnlich jenem, das in Europa zur Zeit des Merkantilismus vorherrschte, hat derart kostspielige Normen und Institutionen geschaffen, dass sie eine ständig wachsende Zahl von Bürgern ausgegrenzt haben. Der sogenannte informelle Sektor ist im wesentlichen ausserhalb des offiziellen Rechtswesens herangewachsen. Die darin aktiven Menschen stehen nicht nur untereinander, sondern zusätzlich zum etablierten formalen System in Konkurrenz.

Der Autor des Buches, der Wirtschaftsexperte Hernando de Soto, und sein Team vom Instituto Libertad y Democracia (ILD) haben herausgefunden, dass der informelle Sektor spontan seine eigenen institutionellen Grundlagen für marktwirtschaftliches Handeln und politische Verwaltung geschaffen hat. Diese Strukturen werden zwar von der grossen Mehrheit jener Peruaner akzeptiert, welche den informellen Sektor ausmachen oder mit ihm in Austauschbeziehungen stehen, doch vermochten sie (noch) nicht die vorherrschenden

den diskriminierenden, merkantilistischen Institutionen des Staates zu ersetzen.

1987 wurde das Buch zum Bestseller in Lateinamerika, so wie deren englische Version danach in den USA. Seither hat die Arbeit des ILD gezeigt, dass Programme und Gesetzesentwürfe für die Entwicklung demokratischer und marktwirtschaftlicher Institutionen, die auf der vorherrschenden Praxis beruhen und allgemein verständlich dargelegt werden, breite Unterstützung finden und gegenüber etablierten Gruppeninteressen auf friedliche Art die Oberhand gewinnen können. Das ILD hat diesbezüglich beeindruckende Erfolge vorzuweisen. Besonders gross sind sie im Bereich der Eigentumsregelung für Kleinstbesitzer, aber auch im Bereich der Entwicklung eines Alternativprogrammes zur An-

Report aktuell

Hernando de Soto

Marktwirtschaft von unten

Die unsichtbare Revolution in Entwicklungsländern



Orell Füssli

pflanzung von Koka. Seine Hauptarbeit besteht darin, Strategien zu entwickeln für einen friedlichen Übergang zu

einer florierenden Marktwirtschaft und einer stabileren demokratischen Gesellschaft. □

Der Bund – kurz erklärt 1992

Der Bundesrat mit seinem neuen Präsidenten und Vizepräsidenten, National- und Ständerat in der neuen Zusammensetzung, die sieben Departemente, Bundesgericht und Versicherungsgericht – das alles findet man in aller Kürze beschrieben und bebildert in einer Broschüre mit dem Titel «Der Bund – kurz erklärt», die alljährlich vom Informationsdienst der Bundeskanzlei herausgegeben wird. Neu finden sich darin auch der für die Europapolitik zuständige Informationsdienst und dessen Informationsangebot für die Öffentlichkeit.

Das Heft gibt in stichwortartiger Form einen Überblick über die Institutionen des Bundes und deren Hauptaufgaben. Es zeigt die Photos der Bundesräte und des Bundeskanzlers, des Präsidenten und der Präsidentin von National- und Ständerat, von deren Vizepräsidenten sowie der Präsidenten von Bundesgericht und Versicherungsge-

richt. Eine Tabelle gibt die Parteistärken im Parlament an. Ein Organisationsschema der Bundesverwaltung und Sitz-



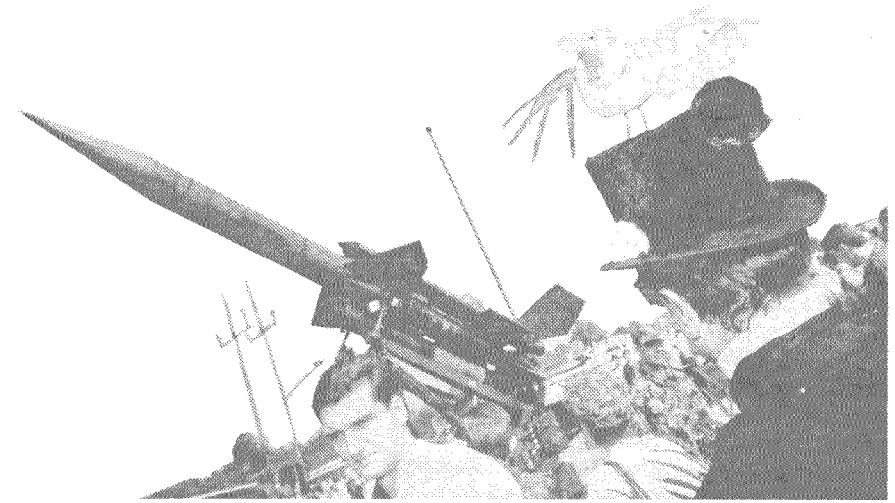
pläne von National- und Ständerat sind enthalten. Einige Graphiken erleichtern den Überblick.

In der soeben erschienenen Ausgabe 1992 sind alle Fakten und Daten auf den neusten Stand gebracht. Eine Liste zählt die beim Bund erhältlichen Gratisbroschüren für die Staatskunde auf.

«Der Bund – kurz erklärt» eignet sich für den staatsbürgerlichen Unterricht, für politisch Interessierte und für alle, die einen kurzen Blick auf die Aufgaben des Bundes werfen wollen. Die einzelnen Seiten der Broschüre können abgetrennt und als Arbeitsblätter verwendet werden. In den vergangenen Jahren wurden jeweils rund 150 000 Exemplare an Schulen, Parteien, Besucher des Bundeshauses und andere Besteller geliefert.

Die Broschüre kann unentgeltlich bei folgender Adresse unter Beilage einer adressierten Klebeetikette bezogen werden:
EDMZ, 3000 Bern.
Sie kann auch telefonisch, (031) 61 39 11, bestellt werden.

* Hernando de Soto: Marktwirtschaft von unten. Die unsichtbare Revolution in Entwicklungsländern. Zürich: Orell Füssli, 1992. 316 S. und 24 S. Bildteil, Fr. 39.80.



FDP-Parteipräsident Franz Steinegger über die Zauberformel, die Agitation der SP im Bereiche der Sicherheitspolitik und die F/A-18-Beschaffung. (Photos Stahl)

«Längerfristig täuscht sich die SP in einem wichtigen Punkt»

Über Ostern hat SP-Parteipräsident Peter Bodenmann Bundesrat Kaspar Villiger eine Strafklage angedroht. Anlass dazu war die Vorauszahlung von 50 Millionen Franken für das Kampfflugzeug F/A-18. Inzwischen hat Bodenmann öffentlich eingestanden, einen Fehler gemacht zu haben. Einmal mehr aber hat das Vorgehen des SP-Parteipräsidenten bei den Bürgerlichen grossen Ärger verursacht und das Thema in die Schlagzeilen gebracht, ob eine Koalition unter so verschiedenen Partnern weiterhin möglich ist. Was meint FDP-Parteipräsident Franz Steinegger dazu?

Interview:
Anna-Marie Kappeler

Franz Steinegger: «Zunächst, wir haben keine Koalition und keinen Koalitionsvertrag. National- und Ständeräte üben ihr Mandat gemäss Bundesverfassung ohne Instruktionen aus und lassen sich deshalb nur schwer auf einen Ko-

alitionsvertrag festlegen. Die Aktion der SP hatte zwei Ziele. Zunächst wollte man das Vorengagement von 50 Millionen in Misskredit bringen und einen Teppich für die GSa-Initiative zur Abschaffung der Luftwaffe auslegen. Zum zweiten wollte man Bundesrat Villiger angreifen. Dabei wurde tief in die demagogische Trickkiste gegriffen. Nach historischen

Vorbildern wurde einem Amtsinhaber vorgeworfen, das Recht zu verletzen, weshalb er vor Gericht gestellt werden müsse.

Bisher wurde im Rahmen der Zauberformel akzeptiert, dass eine Bundesratspartei eine andere politische Meinung hatte. Aus diesem Grund kann auch die SP eine andere Meinung über die Opportunität des Vorengagements haben. Hingegen geht es nicht an, die andere politische Meinung, welche notabene die Meinung der Bundesratsmehrheit und der Finanzdelegation war und welche sich auf den verfassungsmässigen Auftrag zur Erhaltung der eigenen Verteidigungsfähigkeit stützen kann, als kriminell zu verschreien und diesen Vorwurf in übelster Demagogie noch in einem Bundesrat zu personifizieren.

Ich habe deshalb den andern Bundesratsparteien mitgeteilt, dass wir auf die Bun-

desratsparteien-Gespräche vom 14. Mai 1992 verzichten, wenn von einem derartigen Vorgehen nicht Abstand genommen wird.»

Am 14. Mai treffen sich also die Exponenten der Bundesratsparteien zur Vorbereitung der Von-Wattenwyl-Gespräche mit dem Bundesrat. Der SP-Parteipräsident hat angekündigt, dass er auch dort erklären wird, dass er einen Fehler gemacht hat und dazu steht. Ferner hat er Ihre Forderung, in Zukunft mit der «Kriminalisierung von politischen Meinungen» aufzuhören, akzeptiert. Genügt Ihnen das?

Franz Steinegger: «Ich bin nicht Oberlehrer der Bundesratsparteien. Ich halte in der

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Politik auch wenig von billigen Entschuldigungen, die am andern Tag wieder vergessen sind. Ich will, dass auf die Methode der kriminellen Verteufelung anderer politischer Auffassungen verzichtet wird. Um so mehr, wenn es sich um den Vollzug eines verfassungsmässigen Auftrages handelt. Der SP-Parteipräsident scheint dies in der Zwischenzeit auch eingesehen zu haben. Ich gehe davon aus, dass dies am 14. Mai 1992 bestätigt wird.»

Gehen wir noch einen Schritt weiter: Die Zauberformel ist kein Muss. Warum werfen die Bürgerlichen die SP nicht aus dem Bundesrat?

Franz Steinegger: «Ich weigere mich, immer zu drohen, wenn ich die Drohungen nicht durchsetzen kann. Der Bundesrat ist auf vier Jahre gewählt. Wir haben auf eidgenössischer Ebene weder das Abberufungsrecht noch das Misstrauensvotum. Man produziert deshalb nur politischen Frust, wenn immer wieder die Erwartung geweckt wird, man könne morgen die Zauberformel abschaffen. Wir sind zwar die stärkste Fraktion, es fehlt uns aber bei weitem die Mehrheit, um unsere Vorstellungen einfach durchzusetzen.

Die Zauberformel ist 1958 gegen die FDP von CVP und SP kreierte worden. Im Nationalrat ist sowohl eine Mitte-links-Mehrheit als auch eine Mitte-rechts-Mehrheit auf die CVP angewiesen. Es gibt keine reine Linksmehrheit, und es ist arithmetisch auch keine (bürgerliche) Mehrheit ohne CVP möglich. Um aber andere Bundesräte zu wählen, braucht es Mehrheiten, und um im Nationalrat nicht bei allen Geschäften blockiert zu werden, braucht es ebenfalls Mehrheiten. Diese Konstellation hat nicht die FDP zu verantworten, noch weniger die Partei- oder die Fraktionsleitung. Obwohl das System der Mehrparteienregierung heute hart kritisiert wird, wird es auf kantonaler Ebene auch von den Wählern immer wieder durchgesetzt.

Solange keine Mehrheiten für eine andere parteipolitische Zusammensetzung des Bun-



desrates möglich sind, besteht für die FDP lediglich die Möglichkeit, selbst auszutreten. Ob dies die richtige Lösung wäre, mag jeder selbst beantworten.»

Die SP-Parteispitze provoziert die Bürgerlichen nicht zum erstenmal. Einige Stichworte: Engagements für die Initiativen «Schluss mit dem Schnüffelstaat», «40 Waffenplätze sind genug» und die GSoA-Initiative gegen die F/A-18. – Wird hier nicht eine Fundamentalopposition gegen den Staat sichtbar, welche ein gemeinsames Regieren verunmöglicht?

Franz Steinegger: «Ohne Zweifel besteht für die Bundesratsparteien die Verpflichtung zu gewissen Rücksichtnahmen. Bisher wurde der SP im Bereiche der Sicherheitspolitik sehr viel (Narrenfreiheit) zugestanden. Ich bin der Auffassung, dass es nicht mehr angeht, der SP hier ein Agitationsfeld zu überlassen und in anderen Fragen die Zusammenarbeit zu suchen. Es ist eine integrale Betrachtungsweise nötig.

Eine gesicherte eigene Verteidigungsfähigkeit auch mit bewaffneten Kräften zur Erhaltung von Freiheit und Unabhängigkeit ist ein Verfassungsauftrag. Es handelt sich sogar um eine prioritäre Gemeinschaftsaufgabe. Volk und Stände haben diesen Auftrag am

26. November 1989 klar bestätigt. Gegenwärtig betreut ein FDP-Bundesrat die verfassungsmässige Aufgabe der Landesverteidigung. Es stellt sich nun die Frage, ob eine andere Bundesratspartei die Erfüllung dieser Aufgabe laufend und grundsätzlich in Frage stellen darf. Manchmal hat man sogar den Eindruck, dass die SP ihre Identität vor allem in ihrer Animosität zum EMD sucht. Hier ist Klarheit zu schaffen, auch wenn dies zur Konfrontation führt.

Im Zusammenhang mit der F/A-18-Beschaffung fällt in Betracht, dass eine Armee ohne Luftwaffe auf dem modernen Gefechtsfeld chancenlos ist. Die Panzer können nicht mehr bewegt werden, sie werden zu reinen Schiessplattformen, bei denen man die Beweglichkeit teuer bezahlt hat, sie aber nicht ausnützen kann. Die GSoA-Initiative führt faktisch zur Abschaffung der Luftwaffe. Ohne Kombination mit einem modernen Flugzeug erachte ich es als sinnlos, mit den bisherigen Flugzeugen herumzufliegen. Die oft geforderte Einbindung in ein europäisches Sicherheitssystem heisst auf absehbare Zeit Nato-Beitritt, was zunächst die Abschaffung der Neutralität bedingt. Wer diese Einbindung als Alternative zur Kampfflugzeugbeschaffung fordert, soll dies auch deutlich sagen.»

Gegen die Beschaffung des Kampfflugzeuges F/A-18 wird aber nicht

nur sicherheitspolitisch argumentiert, sondern immer wieder auch mit der schwierigen Lage der Bundesfinanzen.

Franz Steinegger: «Das EMD ist das einzige Departement, das seine Ausgaben real reduziert. Der Anteil der Landesverteidigung an den Gesamtausgaben sinkt von 1960 bis 1995 von 32 auf 12 Prozent. Die Landesverteidigungsausgaben werden real um 15 Prozent, bei den Investitionen sogar um 20 Prozent gesenkt. Die Flugzeugbeschaffung erfolgt innerhalb dieses Finanzrahmens. Ursache für die schwierige Lage der Bundesfinanzen sind nicht die real sinkenden Landesverteidigungskosten, sondern die real steigenden Ausgaben bei den andern Departementen.

Längerfristig täuscht sich die SP in einem wichtigen Punkt. Wenn man dem Staat verbietet, Sicherheit zu produzieren, dann entzieht man auch anderen Aufgaben der Solidarität die Grundlage. Es ist nicht Aufgabe des Staates, seinen Bürgern für Asylpolitik, Kulturpolitik, Entwicklungspolitik usw. Geld aus der Tasche zu ziehen, wenn er nicht mehr in der Lage ist, Freiheit und Unabhängigkeit zu garantieren. Wenn die Grundaufgabe Sicherheit nicht erfüllt wird, kann man auch andere Staatsaufgaben der privaten und autonomen Entscheidung des einzelnen Bürgers überlassen.» □

Neu im «Freisinn»

Erstmals lesen Sie auf dieser Seite eine Kolumne von alt Nationalrat Dr. Kurt Müller. Kurt Müller kann auf eine grosse politische Erfahrung zurückblicken: Von 1971 bis 1984 war er Zürcher Kantonsrat, von 1984 bis 1991 Nationalrat. Von 1953 bis zu seiner Pensionierung 1991 war Kurt Müller Mitglied der Inlandredaktion der NZZ, ab 1967 Chef des Ressorts. Kurt Müller wird von nun an regelmässig für den «Freisinn» schreiben. Wir freuen uns auf seine pointierten Kommentare zur schweizerischen Politik.

□

Leserbriefe

Wo blieb die FDP?

Am Sonntag, dem 19. April 1992, hat der «Sonntags-Blick» die Klagedrohung des SP-Präsidenten Bodenmann gegen Bundesrat Villiger veröffentlicht. Gleichzeitig hat die Redaktion die Leserschaft aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen. Wenn dann eine Woche später die «Sonntags-Blick»-Redaktion mitteilen muss, dass fast alle Leserinnen und Leser sich einig sind: «So kann der Bund mit unseren Steuergeldern nicht umgehen», dann ist seitens der FDP und ihrer Basis etwas schiefgelaufen.

Aus unseren Kreisen hätte eine Flut von Leserbriefen an den «Sonntags-Blick» eintreffen müssen, um den Affront des SP-Parteipräsidenten an dieser Stelle zu disqualifizieren. Wenn unsere Basis es nicht fertigbringt, bei solch sich bietender Gelegenheit in den Medien meinungsbestimmender und präsenter zu sein und damit auch unseren EMD-Chef zu unterstützen, dann stimmt etwas nicht mehr mit unserer Basis. Jedes auch noch so kleine Zeichen unserer Solidarität mit Bundesrat Villiger in dieser Sache hätte seine Wirkung nicht verfehlt. Dass die «Sonntags-Blick»-Ausgabe eine Woche später nur von Gegnern dieser Vorauszahlung besetzt war, sollte uns allen zu denken geben.

Roger E. Schärer, Herrliberg

*

Leserbriefe schreiben ist das, eine, veröffentlicht werden das andere. Ich weiss jedenfalls, dass viele geschrieben haben, um Bundesrat Villiger zu unter-

stützen. Vom FDP-Generalsekretariat aus wurden alle Kantonalparteien eingespannt. Es hat uns dann auch erstaunt, dass im «Sonntags-Blick» nichts erschienen ist. Wie gesagt, Leserbriefe schreiben ist das eine ...

Anna-Marie Kappeler
FDP-Presseschefin

Ostereier à la Bodenmann

Sollte im Vorratskasten alles Brauchbare von russischen Käfern aufgeessen worden sein und deshalb nichts mehr zur Verfügung stehen, so verfähre man an Ostern wie folgt:

Man schlage tüchtig in einer Schüssel vergorenes Wasser, holbar in jedem juristischen Sumpf, zu einer grossen schaumigen Masse.

Man gebe grosszügig übriggebliebenen Sensationszucker zu und menge locker ein paar alte Eier darunter.

Vorsicht: Bei der Verarbeitung der Masse kann es Spritzer geben, die ins eigene Auge gehen.

Man backe die Masse im heissen Politofen.

Hinweis: Es kann vorkommen, dass dieses luftige Gebäck sauer aufstösst. Sollte dies der Fall sein, so melden Sie sich ungezwungen beim Notfalldienst der SPS oder bei jeder Sammelstelle von übelriechenden Politmanövern (Verzeichnis erhältlich beim Destruktivbüro für Konkordanzdemokratie in Bern).

Das Rezept stammt aus der umfangreichen genossenschaftlichen Replica-Sammlung von P. B. et al., die hin und wieder immer im selben Verlag erscheint.

Marianne Krämer, Frauenfeld

Kolumne

Politfliegel als Konkordanzpartner?



Der Versuch des Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Peter Bodenmann, Bundesrat Kaspar Villiger wegen des Vorausengagements von 50 Mio. Franken für den Kauf der F/A-18 vor Bundesgericht zu ziehen, hat sich zwar als Rohrkrepierer entpuppt. Er war sachlich unmöglich, weil es sich um einen Beschluss des Gesamtbundesrates handelte, für den gemäss Kollegialsystem alle (inklusive Sozialdemokraten) haftbar waren. Er war menschlich unhaltbar, weil er das nötige Minimum an politischem Anstand auch innerhalb einer auf Pragmatik eingeschworenen Regierungsgemeinschaft hinterhältig verletzte und dem noch vorhandenen Vertrauensrestposten einen tödlichen Schuss gab.

In welcher Form auch immer sich Bodenmann und sein Provokationsclan aus der schiefen Lage zu befreien trachten, es stellt sich die Frage: Ist auf die Dauer ein «gemeinsames» Regieren mit Regierungspartnern möglich, die zwar nicht immer, aber immer wieder als *Politfliegel* die Spielregeln einer solchen Zusammenarbeit gröblich missachten? Es ist damit nicht nur ihr arrogantes, oft süffisantes Auftreten und die Hemmungslosigkeit gemeint, mit der sie ihre Partner politisch und menschlich diskriminieren, wenn ihnen dies nützlich erscheint. Es sind vor allem auch die fundamentalistischen Ansätze ihrer Kritik an unserm Staat, an den bürgerlichen Parteien und notfalls die Unterlaufung des demokratischen Rechtsstaates angesprochen.

Die Beteiligung an der Besetzung des Bauplatzes von Neuchâten-Anschwilien, die Gehilfenschaft von Nationalrat Rechsteiner bei Störungsaktionen von der Tribüne des Nationalrates aus, die Mithilfe bei der Verletzung bestehenden Rechts im Asylbereich, der neueste Versuch, ein Mitglied der Landesregierung zum «Outlaw» zu stempeln –

sie sind nur äusserliche Zeichen dafür, dass die Spitze der Sozialdemokratischen Partei in zentralen Bereichen der Staatspolitik *innerlich Abschied von der Verantwortung* gegenüber dem Ganzen genommen hat. Bei der Initiative zur Abschaffung der Armee hat sie sich zwar nach aussen nicht engagiert, aber Nationalrat Helmut Hubacher liess sich nachträglich von der GSoA dennoch mit als «Sieger» feiern. Schon bei der PUK-Untersuchung versuchte sich die SPS-Regierungspartei von der Mitverantwortung zu drücken und sich voll mit der Larve des Anklägers zu bedecken. Die SPS ist die einzige «Regierungspartei», die auf wichtigen Gebieten eine *Fundamentalopposition* betreibt – was sie nicht hindert, auf andern Gebieten pragmatisch mit den bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten.

Die Frage stellt sich, ob dieses *Doppelspiel* als hemmungslose Opposition einerseits und rücksichtsloser Besetzer von Machtpositionen andererseits nicht dem ganzen Regierungssystem schadet und den politischen Randgruppen nützt.

Die «Zauberformel» ist kein «Muss». Die direkte Demokratie hat vor 1959 einen Bundesrat ohne «Zauberformel» nicht behindert. Auch ein rein bürgerlicher Bundesrat müsste mit Abstimmungsniederlagen rechnen, aber das brauchte ihn nicht aus der Fassung zu bringen. Der Austritt der SP müsste – und würde – in beiden Lagern viele politische Kräfte mobilisieren, der Leistungsausweis stünde im Vordergrund. Natürlich müsste der politische Wille dazu bei allen bürgerlichen Parteien vorhanden sein – auch bei der CVP, wo nicht nur starke Sprüche an der Parteispitze, sondern auch Taten gefragt wären. Zudem sind die Bundesräte auf vier Jahre gewählt. Aber wo ein Wille ist, tut sich vielleicht früher als erwartet ein Weg auf.

Kurt Müller
alt Nationalrat Kurt Müller
Meilen

FDP-Positionen

Zeugnisverweigerungsrecht

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) lehnt ein generelles Zeugnisverweigerungsrecht für Medienschaffende ab, wie es eine vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingesetzte Studienkommission vorschlägt.

Die FDP begründet ihre Ablehnung eines generellen Zeugnisverweigerungsrechts

für Medienschaffende damit, dass einseitig die Rechte der Journalisten ausgebaut würden. Dagegen würden die Rechte eines in seiner Ehre Verletzten erheblich eingeschränkt. Die Freisinnigen weisen darauf hin, dass Geistlichen, Notaren, Advokaten, Ärzten oder Hebammen ein Zeugnisverweigerungsrecht wegen ihrer besonderen Vertrauensstellung zugebilligt wird. Angehörige dieser Berufsgruppen werden nur auf Grund strenger fachlicher Voraussetzungen zum Beruf zuge-

lassen. Im Vergleich dazu handelt es sich bei Medienschaffenden um keine homogene Berufsgruppe.

Die FDP schlägt vor, dass der Richter im Einzelfall eine Güterabwägung vorzunehmen und zu entscheiden hat, ob das Geheimhaltungsinteresse oder das Interesse an der Wahrheitsfindung überwiegt. Damit wird ein gewisses Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten geschaffen – eine Lösung, die einige Kantone bereits kennen. □

Kampfflugzeug

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) befürwortet den Kauf von 34 neuen Kampfflugzeugen des Typs FA-18 Hornet. Die Partei bewertet den Entscheid des Bundesrates als verantwortungsvoll. Die FDP steht hinter einer glaubwürdigen, modernen Landesverteidigung. Ein dichter Luftschirm bildet die Voraussetzung für den Schutz von Truppe und Bevölkerung am Boden, insbesondere auch angesichts der modernen Kriegsführung. Die heutige veraltete Schweizer Flugwaffe kann diesen Schutz nicht mehr leisten. Ausgehend von einer Haltung, die sich staatspolitisch für unser Land verantwortlich fühlt, ist für die FDP die Modernisierung unserer Flugwaffe daher unbedingt notwendig.

Die FDP weist darauf hin, dass das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) seine Ausgaben reell gekürzt und im Vergleich zu den anderen Departementen am meisten gespart hat. Wer vom EMD noch mehr Kürzungen verlangt, gefährdet den Verfassungsauftrag einer glaubwürdigen Landesverteidigung. Da der Kauf der 34 FA-18 keine zusätzlichen Militärkredite benötigt, entbehren finanzielle Umlagevorschläge, wie sie vor allem die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) macht, jeder Grundlage. □

«Gewässerschutz»-Initiative

Bald totale Ausland- Abhängigkeit?

Die Schweiz und rohstoffarm? Nicht unbedingt: 60 % unseres Stroms stammt aus der Nutzung der Wasserkraft – Eigenes Wasser, eigene Energie. Kommt jetzt das Aus?

Dicke Post: Das Abstimmungsmaterial zum Urnengang vom 17. Mai.

«Dicke Post» auch die darin enthaltene «Gewässerschutz»-Initiative, die ehrlicherweise den Namen «Ausstieg aus der Wasserkraft» tragen müsste. Gefordert wird nämlich nichts anderes als die ganze oder teilweise Stilllegung von sage und schreibe 700 unserer insgesamt 1150 Wasserkraftwerke!

Eine unannehmbare Forderung, wollen wir in der Schweiz doch vermehrt auf die umweltfreundliche Gewinnung von erneuerbarer Energie setzen; und sicher eine absolut unannehmbare Forderung für unsere Volkswirtschaft, die jetzt wirklich alles andere nötig hat, als einen 25%-Kollaps bei der Versorgung mit hausgemachtem Strom aus Wasserkraft.

Deshalb: NEIN zur «Gewässerschutz»-Initiative!



Schweizerisches Aktionskomitee «Nein zur unverantwortbaren Gewässerschutzinitiative», Postfach 502, 8034 Zürich

Co-Präsidium: Nationalrat Jean-Pierre Berger (SVP, Dompièrre), Nationalrat Ulrich Fischer (FDP, Aarau), Ständerat Anton Cottier (CVP, Fribourg), Nationalrätin Suzette Sandoz (LSP, Pully).

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich

für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz Annoncen AG, Grütstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg, Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

Asylinitiative weckt falsche Hoffnungen

Die Volksinitiative «gegen die illegale Einwanderung» setze etwas in Bewegung, so ist im Pressedienst der SVP zu lesen. In Bewegung gesetzt werden sicherlich Emotionen, geweckt werden falsche Hoffnungen, Hoffnungen auf die Lösung von Problemen, die mit der Initiative nie erfüllt werden können.

**Nationalrätin
Trix Heberlein (ZH)**

Dass der Initiative im herrschenden Klima der allgemeinen Verunsicherung über die weltweite Wanderbewegung und dem Fehlen einer klaren Haltung von Bundesrat und Parlament eine psychologische Wirkung zukommt, ist voraussehbar. Dass eine verantwortungsbewusste Partei damit Politik macht, ist zwar mit Blick auf Wahlerfolge nachvollziehbar, auf Grund der gegenwärtigen Emotionen in der Bevölkerung doch eher fragwürdig.

Nichts Neues

Einmal mehr verspricht der Titel einer Initiative – mit dem eine Unterschriftensammlung zweifellos keine Probleme hat – die Lösung eines Problems, das uns Schweizer sehr beschäftigt. Einmal mehr wird sich der Stimmbürger als dumm verkauft verkommen, wenn realisiert wird, dass die Initiative nichts Neues enthält.

Die illegale Einwanderung, gemeint ist wohl der illegale Grenzübertritt, soll Folgen haben für den Asylbewerber. Auf sein Gesuch soll nicht eingetreten werden. Weil diese Forderung aber den von der Schweiz mitunterzeichneten Konventionen und dem Völkerrecht widerspricht, musste, entgegen den Vorstellungen der Zürcher SVP, der Vorbehalt aufgenommen werden, dass der Grundsatz des Rückschiebeverbots seine Geltung bewahre.

Das bedeutet, dass ein Ausländer, der behauptet, in seiner Heimat politisch verfolgt oder einer erniedrigenden Strafe oder Behandlung ausgesetzt zu werden, erst dann abgeschoben werden darf, wenn



Nationalrätin Heberlein: «Einmal mehr wird sich der Stimmbürger als dumm verkauft verkommen.»

in einem rechtsstaatlich korrekten Verfahren festgestellt wurde, dass er risikolos nach Hause zurückkehren kann.

Was bedeutet dies nun konkret für den illegal eingereisten Asylbewerber? Heute melden sich alle Asylbewerber, ob sie nun legal oder illegal eingereist sind, an einer der vier Empfangsstellen. Dort werden sie zur Person, Herkunft und zu den Asylgründen befragt. Die Initiative schlägt vor, dass bei illegal Eingereisten auf das Asylgesuch nicht einzutreten sei, was automatisch einen Wegweisungsentscheid nach sich ziehen würde. Ob nun aber diese Wegweisung vollzogen werden kann, hängt wesentlich davon ab, ob sie mit dem völkerrechtlichen Rückschiebeverbot vereinbar ist.

Die Asylgründe, welche infolge der illegalen Einreise unter dem Stichwort «Asyl» nicht mehr geprüft werden dürfen, müssen somit im Zusammenhang mit andern allenfalls vorhandenen Vollzugshindernissen unter dem Aspekt des Rückschiebeverbotes geprüft werden. Werden Umstände, die gegen einen Vollzug der Wegweisung sprechen,

festgestellt, so ist der betreffende Ausländer als Flüchtling vorläufig aufzunehmen.

Die Frage, ob die in der Initiative vorgeschlagene «Lösung des Problems der illegalen Einwanderung» nicht falsche Hoffnungen bezüglich Abschreckung oder Effizienz des Verfahrens weckt, ist daher sicher berechtigt.

Wirksamer ist der Vollzug

Viel wirksamer als neue Verfassungs- und Gesetzesvorschriften ist die straffe Durchführung des Vollzugs.

Die FDP besteht auf der Forderung, dass die Verfahren innert sechs Monaten korrekt zum Abschluss gebracht werden. Eine kurze Verfahrensdauer sowie die von der FDP ebenfalls verlangte Unterbringung von illegal Eingereisten in Gemeinschaftsunterkünften tragen mehr bei zur Entlastung von Kantonen und Gemeinden als neue Verfahrenswege. Bei einer sechsmonatigen Verfahrensdauer muss auch keine komplizierte Lohnverwaltung durch den Bund aufgebaut werden, denn die Kantone haben die Möglichkeit der Ausdehnung des bestehenden Arbeitsverbotes von drei auf sechs Monate.

Die Aufnahme einer Verfassungsergänzung, nach der Asylbewerber keinen Anspruch auf Erwerbstätigkeit haben, ist überflüssig, da im heutigen Recht niemand, auch nicht die Schweizer, diesen Anspruch geltend machen können. Sie könnte allenfalls zum Schluss verleiten, dass daraus ein Recht aller anderen auf Arbeit abgeleitet wird, was wohl kaum im Sinne der Initianten wäre.

FDP für konkrete Lösungen

Gewichtige Vollzugsprobleme stellen sich den Kantonen im Bereich der Vollstreckung der Wegweisungsverfügungen des Bundes und ebenso im Zusammenhang mit straffällig

gewordenen Asylbewerbern. Hier müssen die Politiker ihre Verantwortung wahrnehmen und dafür besorgt sein, dass Untertauchen nicht zur Regel, dass Schwarzarbeit nicht honoriert wird, dass Straf- und Asylverfahren koordiniert werden und der straffällige Asylbewerber strengen Aufenthaltsvorschriften unterstellt wird, wie dies in einem Vorstoss aus FDP-Kreisen gefordert wurde.

Mit Druckmitteln zu politisieren, mag zwar verlockend und kurzfristig auch effektiv sein. Die FDP achtet es aber als ihre Pflicht, für die anstehenden Probleme konkrete Lösungen aufzuzeigen und diese auch durchzusetzen. □

FDP-Frauen

Einladung

Ordentliche Delegiertenversammlung vom 13. Juni 1992 in Bern
im Bürgerhaus, Neuengasse, ab 10 Uhr Ausgabe der Stimmkarten, 10 Uhr 30 Beginn der Versammlung.

Traktanden

- Begrüssung und Mitteilungen
- Wahl der Stimmzählerrinnen
- Protokoll der o. DV vom 25. Mai 1991 (liegt auf)
- Jahresbericht 1991
- Jahresrechnung 1991/Revisorenbericht
- Déchargeerteilung
- Voranschlag 1992
- Wahlen
 - eines Vorstandsmitgliedes
 - SVFF-Delegierte bei der FDP CH
 - der Revisorinnen
- Bericht aus dem Vorstand
- Ausblick
- Verschiedenes

Anschließend stellt sich die erste Berner Ständerätin, **Christine Beerli**, mit einem Kurzreferat vor.

Es folgen Apéro und Mittagessen.

*Franziska Frey-Wettstein
Präsidentin SVFF*

Schweizerisches Selbstverständnis und die EG

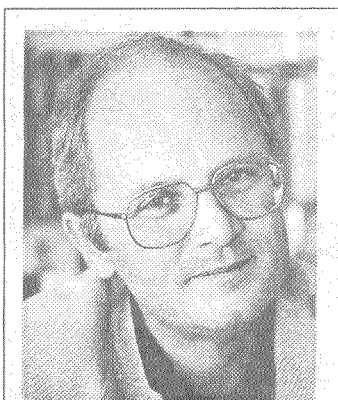
Laut einer AP-Meldung vom 7. November 1991 soll der Vorsteher des EDA an einer Informationstagung seines Departementes gesagt haben, die EG-Problematik sei in den letzten Jahren noch kaum ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen. Meines Erachtens trifft diese Einschätzung nicht zu.

Von Prof. Georg Kreis*

Meines Erachtens ist vielmehr eher das Gegenteil der Fall, wie die Präsenz der Problematik in den Medien, insbesondere auch in der Welt der Karikaturen (s. Abbildungen), dann vor allem in der Werbung (die in der Regel ein feines Sensorium für Zeitklima hat) und die zahlreichen Umfragen (als solche und in ihren Befunden) zeigen, ferner wie zuletzt der Stellenwert dieser Frage in den jüngsten eidgenössischen Wahlen zeigt.

Eine andere Frage ist, ob eine kontinuierliche Auseinan-

* Vortrag, gehalten an der FDP-Tagung vom 8./9. November 1991 in Bern (s. den Hinweis auf die «Politische Rundschau», Seite 11)



Georg Kreis

Georg Kreis, geboren 1943, a. o. Prof. an der Universität Basel für neuere Allgemeine Geschichte und Schweizer Geschichte mit Geschichte der internationalen Beziehungen und kollektiven Mentalitäten als Spezialgebiet; zurzeit leitet er das Nationale Forschungsprogramm 21, «Kulturelle Vielfalt und nationale Identität».

dersetzung mit der Problematik stattfindet und nicht zwischen längeren Schlummerphasen jeweils plötzlich Schreckphasen auftreten. Zurzeit muss man jedenfalls vielmehr aufpassen, dass die Frage nicht zu Tode geschwätzt und nicht die Illusion genährt wird, dass allein mit dem intensiven Reden das Problem bereits gelöst sei.

Eine andere Frage ist, was die Leute über die EG-Problematik tatsächlich wissen und an welchen Sachfragen die Grundsatzfrage diskutiert wird. Umfragen von 1988 haben gezeigt, dass weniger als die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer wissen, dass wir der EFTA angehören, und ein Drittel der Meinung ist, wir seien nicht Mitglied des Europarates; nur fünf Prozent wussten, was die «Einheitliche Europäische Akte» ist, mit der 1985 der nächste grössere Integrationsschritt bis Ende 1992 beschlossen worden ist.

Bedeutung nicht überschätzen

Der Wissensstand dürfte sich inzwischen etwas verbessert haben. Wir dürfen allerdings die Bedeutung der Frage im Alltagsleben des Grossteils der Bevölkerung nicht überschätzen. Die Frage ist für viele eine abstrakte und theoretische Frage.

In einer «Sorgen-Hitparade» würde die EG auf den hinteren Rängen liegen. Die ersten Positionen nehmen jeweils Fragen der Arbeitsplatzsicherung und der Hypozinsen, der Sozialpolitik und der Verkehrspolitik ein. Dass die EG-Problematik auch diesbezüglich Auswirkungen hat, übersteigt bereits das Wahrnehmungsvermögen. Andererseits können punktuell konkret erfahrene Auswirkun-

gen – etwa die Benachteiligung bei der Abfertigung auf Flughäfen – die grundsätzliche Haltung bestimmen.

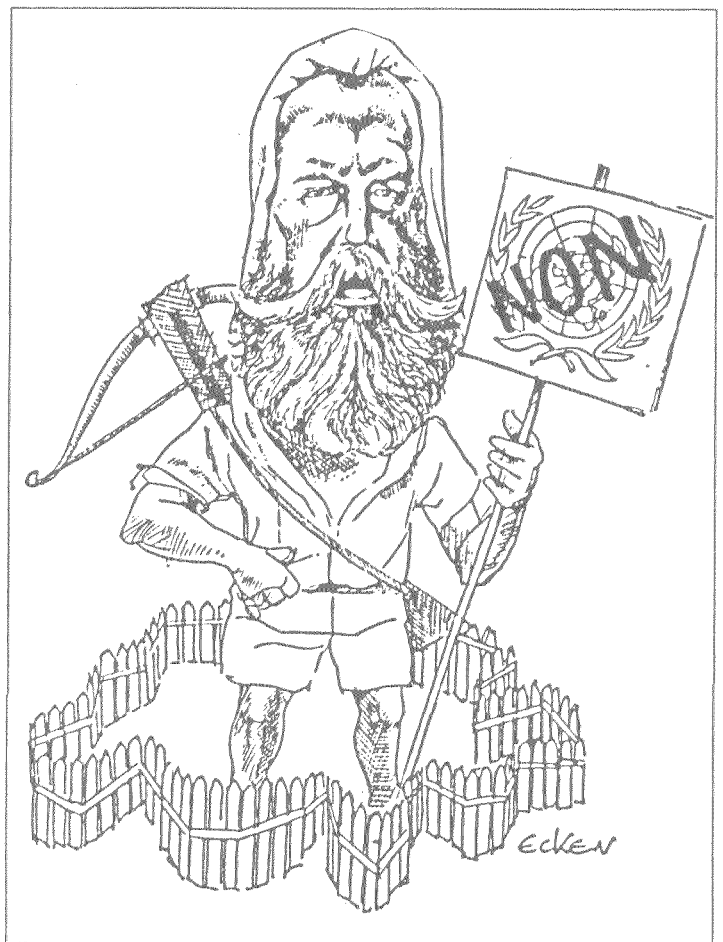
Selbstverständnisse

Es gibt natürlich kein Selbstverständnis im Singular, es gibt es nur im Plural. Die Einstellungen variieren nach Beruf und Bildung, Alter und Region.

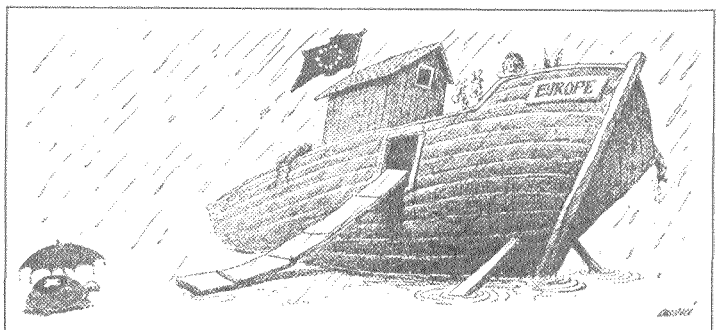
Hier ein paar Bemerkungen nur zu den beiden letztgenannten Kategorien: Es erstaunt

wenig, wenn jüngere Jahrgänge den EG-Beitritt eher befürworten als ältere. Andererseits zeigen Umfragen, dass «die Jugend» nicht so entschieden integrationsfreudig ist, wie man dies gestützt auf die genannte Grundregel annehmen könnte.

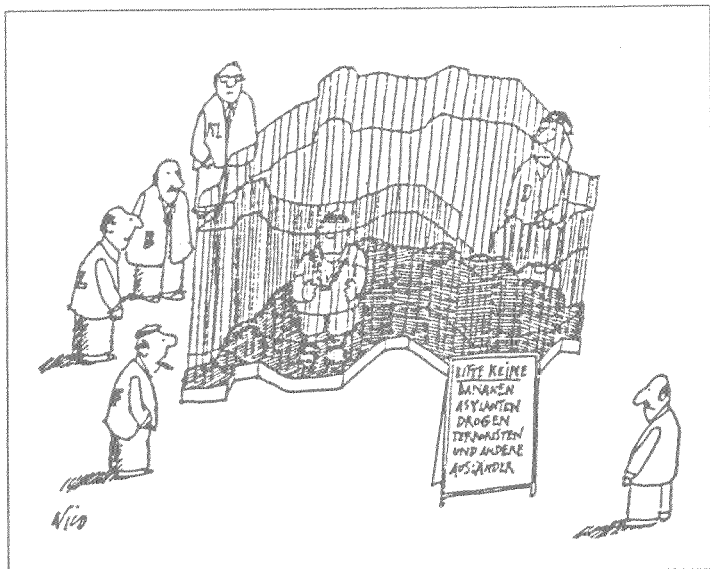
Die unterschiedlichen Haltungen der Landesteile sind im Prinzip ebenfalls bekannt: Nach jüngsten Umfragen sind die Romands mit rund 60 Pro-



«La Suisse» vom 17. März 1986



«24 Heures» vom 5./6. März 1988.



«Tages-Anzeiger» vom 20. Juni 1990.

zent für einen EG-Beitritt, die Deutschschweizer mit bloss etwa 42 Prozent. Die Tessiner situieren sich in der Mitte, aber näher bei den Romands.

Frägt man nach den Kenntnissen, schneiden die Deutschschweizer besser ab als die Romands. So stellt sich die Frage, ob zwischen den bescheideneren Kenntnissen der Romands und deren ent-

schiedenerer Befürwortung ein Zusammenhang bestehe: Verschiedene Antworten sind möglich: Entweder ist man eher dafür, weil man die negativen Konsequenzen weniger kennt, oder man ist grundsätzlich dafür und informiert sich deshalb weniger über konkrete Konsequenzen. Oder man ist aus regionalistischen Gründen eher, vereinfacht gesagt, für

das ferne Brüssel als für das nahe Bern.

Methode

Wichtiger als konkrete Angaben zu momentanen Befindlichkeiten ist mir die Methode, wie wir unsere Vorstellungen vom Problem entwickeln. Das folgende Schema unterscheidet vier Ebenen (siehe Kasten). Die erste steht für die Welt an sich (soweit es sie gibt). Die zweite Ebene ist in mancher Hinsicht viel wichtiger, obwohl sie oder gerade weil sie immateriell ist. Die Wahrnehmungs- und Vorstellungsebene ist nämlich ebenfalls eine Realität, bestimmt sie doch in hohem Mass unser Handeln. Auf der dritten Ebene werden die verschiedenen Bilder, die man sich von der ersten auf der zweiten Ebene gemacht hat, miteinander verglichen und in der politischen Debatte gegeneinander ausgespielt. Auf der vierten Ebene situieren sich die Stellungnahmen wie die hier präsentierte.

Wichtig ist, dass man sich in der Auseinandersetzung mit der Frage klar ist, auf welcher Ebene man sich bewegt. Und

Vier-Ebenen-Modell

Realität 4:
Debatte über Debatte

Realität 3: Debatte

Realität 2: Bild

Realität 1: Welt

wichtig ist natürlich, dass die Differenzen (Fehlwahrnehmungen) zwischen der ersten und der zweiten Ebene in entscheidenden Punkten möglichst klein sind, dass wir nicht mit einem veralteten Bewusstsein einer inzwischen veränderten Welt gegenüberstehen, dass wir zum Beispiel nicht in einer Zeit hochkomplexer Interdependenzen mit Souveränitätsvorstellungen operieren, wie sie im 17. Jahrhundert entwickelt worden sind, und dass wir nicht aus vielleicht berechtigten, mindestens aber verständlichen Regungen «Europa» für Modernisierungsprozesse (z. B. in der Landwirtschaft) verantwortlich machen, die in jedem Fall verarbeitet werden müssen.

Erwartung

Zum Schluss sei nochmals auf die eingangs zitierte Agenturmeldung zurückgekommen: Ihr gemäss soll der Chef des EDA gesagt haben, dass der Bundesrat auf klare Signale aus Volk und Parlament warte. So sehr es republikanischer Tugend entspricht, sich vom Volkswillen leiten zu lassen – das vermutete Selbstverständnis der Bevölkerung darf nicht Mass magistraler Politik sein. Von einer Regierung darf erwartet werden, dass sie den Weg deutlich aufzeigt, dass sie entschieden für die ihr richtig erscheinende Lösung eintritt und nicht Inaktivität mit angeblich zurückgebliebenem Bewusstsein des Souveräns legitimiert. □

Literaturverzeichnis. Roland Ruffieux/Annik Schachtschneider Morier-Genoud (Hrsg.): La Suisse et son avenir européen. Une analyse des positions suisses face à l'intégration de l'Europe. Lausanne 1989.

Talon

Ich bestelle:

_____ Ex. Politische Rundschau Nr. 3+4/1991. Staatspolitische Aspekte eines EWR-/EG-Beitritts der Schweiz: Einflüsse und Impulse. Referate der Tagung vom 8./9. November 1991 in Bern (à Fr. 5.–, 38 Seiten).

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 21 19 51.

FDP-Positionen

Siebter Landwirtschaftsbericht

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) unterstützt die neue agrarpolitische Stossrichtung, die im siebten Landwirtschaftsbericht sichtbar wird. Sie begrüsst insbesondere den Geist der Offenheit und Dynamik dieses

Berichts angesichts der Herausforderungen, denen sich die Schweiz stellen muss. Die FDP teilt das Vertrauen des Bundesrates in die schweizerische Landwirtschaft. Wie Volkswirtschaftsminister Jean-Pascal Delamuraz ist die FDP der Meinung, dass der Strukturwandel in der Landwirtschaft nötig ist, aber auch tatkräftig begleitet und unterstützt werden muss.

Die Partei ist der Auffassung, dass in der Landwirtschaftspolitik ein Anpassungsbedarf besteht. Angesichts der veränderten nationalen und internationalen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erachtet es die FDP als unabdingbar, dass in allen Bereichen der Schweizer Wirtschaft, und damit auch im Be-

reich der Landwirtschaft, de-reguliert und der Wettbewerb verstärkt wird. Die FDP unterstützt deshalb die vermehrte Trennung von Preis- und Einkommenspolitik. Die hohe Produktivität der schweizerischen Landwirtschaft erlaubt diese eingeschlagene Richtung. Der Landwirtschaft müssen flankierend vermehrt Möglichkeiten der Selbsthilfe eröffnet werden.

Die Landwirtschaft muss sich auch stärker ökologisch ausrichten können. Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen sollen durch Direktzahlungen honoriert werden. Der bäuerliche Familienbetrieb als Unternehmerwirtschaft soll das Leitbild bleiben. Da die Konsumenten durch die Liberalisierung entlastet werden,

soll die künftige Mehrbelastung des Bundeshaushaltes, so die Meinung der Freisinnigen, unter anderem durch eine Anpassung der Umsatzsteuer kompensiert werden. □

HIAB
KRAM MOSER
Aufsehererregend.
KRAM MOSER AG Urdorf
Telefon 01/734 48 44

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure
100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition
1892 – 1992
Spross
Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt
Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Eidg. Volksabstimmung vom 17. Mai

2x Ja zum Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods, weil er klar im Interesse unseres Landes ist, Arbeitsplätze sichert und eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung weltweit fördert.

2x Nein zum Gewässerschutz-Gesetz und zur -Initiative, weil sie unsere Stromversorgung mit sauberer Energie massiv reduzieren und unsere Abhängigkeit von ausländischen Stromlieferanten erhöhen.

Ja zur Regelung der Fortpflanzungs- und Gentechnologie, weil eine rechtliche Regelung nötig ist und der vorgeschlagene Verfassungsartikel eine gute, ausgewogene Lösung darstellt.

Ja zur Schaffung eines Zivildienstes in der Schweiz, weil Dienstverweigerer aus Gewissensgründen entkriminalisiert werden und die Möglichkeit haben sollen, einen sinnvollen zivilen Dienst zu leisten.

Ja zur Revision des Sexualstrafrechts, weil das geltende Sexualstrafrecht aus dem Jahre 1937 stammt und vor sexueller Gewalt und harter Pornographie ungenügend schützt.



**Jahresbericht
Rapport annuel**

Die Arbeit der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung

L'activité du Parti radical-démocratique suisse et du Groupe radical-démocratique de l'Assemblée fédérale

91/92

FDPO PRDO PLRO

Ich bestelle:

_____ Ex. Jahresbericht 91/92
(1 Ex. gratis, 154 Seiten, dt./frz.)

Name: _____ Vorname: _____

Str./Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

Albanien als Testfall

Wir stehen mit unserer Osthilfe vor der zwingenden Notwendigkeit, Schwergewichte zu bilden. Es gilt, exemplarische Projekte in allen Staaten zu verwirklichen und beispielgebende Anregungen zu vermitteln. Man sollte zusätzlich ein Land mit besonderer Intensität unterstützen und damit einen Testfall erfolgreich erproben. Albanien bietet sich in dieser Hinsicht vor allem an, so dass wir dem Grundsatz nachleben könnten: Kleine haben Kleinen zu helfen.

**Nationalrat
Ernst Mühlemann (TG)**

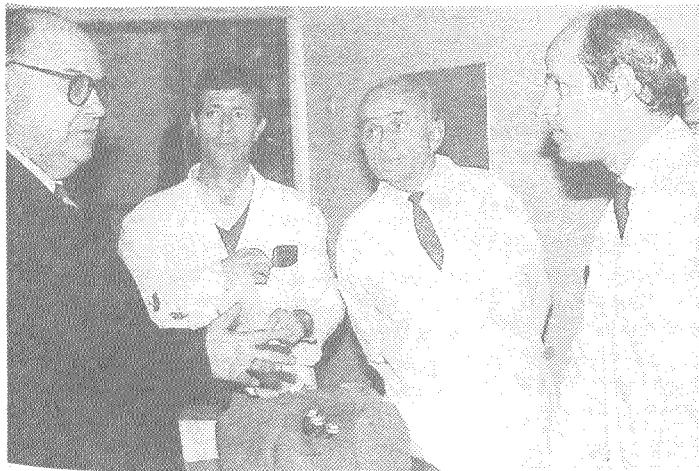
Wer heute die ehemaligen kommunistischen Oststaaten bereist, wird durch das Trümmerfeld der einstigen sozialistischen Volksrepublik Albanien am stärksten erschüttert. Das tapfere Volk lebte zwischen der Adriaküste und den mazedonischen Bergen über 400 Jahre unter türkischer Besetzung, litt im 20. Jahrhundert unter der selbstherrlichen Macht König Zogus, der faschistischen Eroberung Mussolinis und der despotischen Herrschaft des kommunistischen Diktators Enver Hodscha. Heute knüpft es mit dem charismatischen Präsidenten Sali Berisha dort an, wo im 15. Jahrhundert der Türkenbezwinger Skanderbeg Albanien zum Land der Freiheit machte.

Es ist eindrücklich zu sehen, wie nach dem überwältigenden Wahlsieg der Demokraten am 22. März 1992 junge und frische Politiker in der Regierung und im Parlament die Nächte des Kommunismus durch die Tage der Freiheit ersetzen.

Nach Ungarn und der Tschechoslowakei ist Albanien das dritte Land im ehemaligen Ostblock mit stabilen demokratischen Verhältnissen. Allerdings kann dieser politische Fortschritt nur Bestand haben, wenn mit westlicher Unterstützung auch der wirtschaftliche und soziale Umbau rasch erfolgt.

Günstige Voraussetzungen

Albanien bildet in dieser Hinsicht einen Testfall für die Schweiz, denn es hat unsere Grössenordnung und damit günstige Voraussetzungen für ein massgeschneidertes Patronat durch die Eidgenossenschaft. Leider haben wir im vergangenen Jahr mit dem projektierten 800-Millionen-Kredit voreilige Versprechen abgegeben, die heute angesichts des Finanzengpasses nur schwer einzulösen sind. Gerade Albanien zeigt aber glücklicherweise Kooperationsmöglichkeiten, die wir mit etwas Phantasie und Mut auch ohne grosse Geldspritzen nutzen können.



Nationalrat Ernst Mühlemann im Gespräch mit Ärzten im Universitätsspital Tirana.

Im Vordergrund stehen Sofortmassnahmen im Bereiche der Lebensmittelversorgung, der sanitarischen Infrastruktur und der Arbeitslosigkeit. Zwar versorgt Italien die notleidende Bevölkerung mit einfachster Grundnahrung, doch möchte Albanien nicht nur vom nächsten Nachbar abhängig werden, denn sonst könnte es nach Sizilien, Kalabrien und Apulien rasch zur vierten Mafiaprovinz aufrücken.

In den trostlos wirkenden Spitälern fehlt es nicht an Medikamenten, wohl aber am technischen Instrumentarium, um lebensrettende Eingriffe vorzunehmen. Hier würde unbürokratische bilaterale Hilfe zwischen den Spitälern Wunder wirken und todkranke Patienten retten. Ein erschütterndes Bild bieten auch die Scharen der etwa siebzig Prozent Arbeitslosen, welche kreuz und quer durch die Strassen Tiranas marschieren. Es wäre wichtig, einen Teil davon als Saisoniers in die Schweiz zu holen, um ihnen eine praktische Elementarausbildung zu geben.

Kein hoffnungsloses Armenhaus

Im weitem gilt es, die privatisierte Landwirtschaft aufzurüsten, wo vor allem Saatgut und Kleintraktoren fehlen. Muster-gültige Ansätze zeigt dabei die Hilfsorganisation «Helimission», die mit Helikoptern und freiwilligen Helfern Bergbauern versorgt. Im industriellen Bereich werden zahlreiche Investoren gesucht, die im Joint-venture-Verfahren marode Werke wieder in Betrieb nehmen und neue Arbeitsplätze schaffen. Beispielhaft wirkt ein amerikanischer Manager, der für alle Presseerzeugnisse ein gemeinsames Druckereizentrum eingerichtet hat.

Es fehlen heute dem Staat harte westliche Devisen, um allmählich eine Währungsreform durchzuführen. Da Rohstoffe, wie Chrom und Kupfer, vorhanden sind, bieten sich westliche Banken Chancen für einfache Bankbeziehungen, verbunden mit ergänzender

Beratungstätigkeit. Auch im Tourismus bestehen grosse Marktnischen, denn die reizvolle Küstenlandschaft um Durres und das romantische Bergland mit dem uralten Ochridsee werden bald Besucher anlocken.

Albanien ist kein hoffnungsloses Armenhaus, sondern ein demokratisches Neuland, das es zu fördern gilt.

Austauschaktion

Besonders wichtig dürfte dabei der rasche Ausbau der geistigen und materiellen Infrastruktur sein. Die wache intellektuelle Elite war bis jetzt gegen Osten und Westen ausgesperrt und bedarf dringend der Auslanderfahrung, um Forschung und Ausbildung in Gang zu bringen. In dieser Beziehung darf die Kooperation zwischen den Hochschulen von Lausanne und Tirana unter Leitung von Nationalrat Victor Ruffy als nachahmenswert bezeichnet werden. All diese Austauschaktionen bieten keine grossen Probleme, da die Albaner an Vielsprachigkeit den Schweizern kaum nachstehen. Wir sollten nicht übersehen, dass sich jetzt der letzte kommunistische Sesam geöffnet hat, so dass die ehemaligen Gefangenen hinauskönnen und -wollen.

Für die geistige Kommunikation und den wirtschaftlichen Handel bedarf es eines neuen Verkehrssystems. Es ist etwas beschämend, dass die PTT-Busse in Tirana durch Kosovo-Albaner in der Schweiz ersteigert und dann dem Heimatland zugeführt wurden. Die rasche technische Erneuerung in unseren staatlichen Regiebetrieben PTT, SBB und Armee müsste es eigentlich möglich machen, dass man ausrangierte Fahrzeuge in albanische Hilfsaktionen einschleusen würde. Dringend notwendig ist dabei der Wiederaufbau des Eisenbahnnetzes, da jetzt sämtliche Waggons mit zerschlagenen Fensterscheiben und herausgerissenen Bänken an die Bilder vom Kriegsende 1945 erinnern.

All diese Aktionen könnten in improvisierter Wiese rasch erfolgen und müssten ohne helvetischen Perfektionismus abgewickelt werden. □

Zusammen mit anderen Parlamentariern und Vertretern des EDA beobachtete FDP-Nationalrat Urs Scheidegger Ende März 1992 die Wahlen in Albanien. Nach dem überwältigenden Sieg der Demokraten ist auch dort die «Nacht des Kommunismus zu Ende». Nun aber steht die junge Demokratie grossen Erwartungen der hungernden Bevölkerung gegenüber. Humanitäre Hilfe als Hilfe zur Selbsthilfe ist gefordert.



Strassenszene in Tirana.

«Der Tag der Demokratie bricht an»

**Nationalrat
Dr. Urs Scheidegger
(SO)**

«Wir erachten diese Wahrheiten als selbstverständlich, dass alle Menschen gleich erschaffen worden sind, dass der Schöpfer ihnen gewisse unabänderliche Rechte verliehen hat, als solche sind: Leben, Freiheit und das Streben nach Glück. Dass, um diese Rechte ihnen zu sichern, Regierungen unter den Menschen eingesetzt worden sind, deren gerechte Gewalt sich von der Zustimmung der Regierten herleitet. Dass, wenn immer eine Form der Regierung zerstörend in diese Endzwecke eingreift, das Volk das Recht besitzt, diese zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen...»

Diese Worte Jeffersons begleiteten mich, als ich die Wahlen 1992 als eidgenössischer Parlamentarier zusammen mit Nationalrätin Eva Segmüller und fünf weiteren Abgeordneten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) am 20. März 1992 beobachten durfte. Noch erinnern wir uns alle an die erschreckenden, tief beeindruckenden Bilder, als vor Jahresfrist völlig mit Menschen überfüllte Schif-

fe von Albanien nach Italien fuhren. Den Kommunisten, die 45 Jahre lang unter Schreckensdiktator Enver Hodscha ihr machtpolitisches Unwesen trieben, gelang es, dieses Land dem Bewusstsein der Weltöffentlichkeit zu entziehen und das Land zum Armenhaus Europas werden zu lassen.

Ein erstes Aufatmen gab es am Todestage Enver Hodschas, der 1941 die Kommunistische Partei in diesem Land gegründet hatte und in krankhafter Art und Weise Menschenwürde und -freiheit, Wirtschaft und Kultur erwürgte. Mit den Flüchtlingsschiffen wurde eigentlich erstmals der europäischen und mithin der Weltöffentlichkeit bewusst, dass es da irgendwo ein Land gibt, das Albanien heisst.

Mischsystem

Die Albaner wählten am Sonntag, 22. März 1992, zum zweitenmal innert eines Jahres ein neues Parlament. Auch diesmal wurde die Ausmarchung um die 150 Mandate praktisch zu einem Zweikampf zwischen den ehemaligen Kommunisten, die sich nun Sozialisten nennen, und den oppositionellen Demokraten. Die Wahlen fanden vor dem Hintergrund einer tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise statt. Viele Albaner sahen in einem Sieg

der Opposition die einzige Chance, ihrem Elend in absehbarer Zeit zu entrinnen.

Die Wahlen selbst waren eine Mischung aus Majorz und Proporz. Albanien wurde in hundert Wahlkreise eingeteilt (bei den letztjährigen Wahlen waren es noch viel mehr Wahlkreise). Jeder dieser Kreise konnte einen Parlamentsabgeordneten wählen. Damit waren hundert Abgeordnete des neu 150 Sitze (bisher 250 Sitze) zählenden Parlamentes nach dem Majorzverfahren bestimmt. Die restlichen fünfzig Sitze werden gemäss Proporz verteilt: Die in den hundert Wahlkreisen erzielten Parteistimmen wurden für ganz Albanien zusammengezählt und dann die Sitze proportional zu diesen Stimmen verteilt.

Reformen

Zwar wurde unter dem im Prinzip bis 1996 gewählten Präsidenten Ramiz Alia (er ist zwei Wochen nach den Wahlen zurückgetreten) bereits 1990 mit Reformen begonnen, er und seine Mitstreiter galten aber als frühere Kollaborateure des verhassten Hodscha. Vor einem Jahr gewann er noch 169 der 250 Sitze, und nur 69 gingen an die Opposition. Diesmal kandidierten 521 Frauen und Männer aus 11 Parteien für die 150 Sitze. Radio und

Fernsehen versuchten in der Vorwahlperiode ausgeglichen zu berichten.

Diesmal gab es neu Zeitungen, die vor allem für die Demokraten und andere Oppositionsparteien schrieben. Eine Zeitung der Demokraten druckte am Vorwahltag eine lange Liste von in den letzten 18 Jahren verschwundenen Personen ab, und die Angehörigen verlangten Aufklärung der Missetaten und zumindest Bekanntgabe der Gräber der Vermissten.

Der Wahltag

Der Wahltag begann früh. Nach sechs Uhr wurden die Lokale bezogen, und die mühsame Handarbeit konnte aufgenommen werden. Es mussten Wahllisten für jeden einzelnen Wahlberechtigten im Wahlbezirk ausgefüllt, es mussten Kabinen mit Vorhängen errichtet werden, die Ausweise der Wähler wurden kontrolliert, verglichen mit den handgeschriebenen Wahlregistern; nach der Stimmabgabe hatten die Wahlberechtigten ihre Unterschrift anzubringen, dann wurde ihr Wahlausweis abgestempelt, damit nicht ein zweites Mal an einem anderen Ort gewählt werden konnte. Siebzig Prozent der Stimmberechtigten gaben bis zwölf Uhr mittags ihre Stimme ab.

die Lokale waren bis sechs Uhr abends geöffnet, dann begann die mühsame Zählerei, und eigentlich hätte man die Resultate nach Tirana telefonieren sollen, was aber aus technischen Gründen nur selten der Fall war, so dass vielfach die Resultate per Auto nach Tirana gebracht werden mussten.

Das ganze Wahlprozedere wurde nicht nur von mehreren hundert internationalen Wahlbeobachtern überwacht, vielmehr waren auch in allen Wahllokalen Vertreter aus allen Parteien. Gegenstand der internationalen Wahlbeobachtung in Albanien war einerseits die ungehinderte Ausübung des Wahlrechts durch jeden Stimmberechtigten, andererseits die gesetzeskonforme Durchführung des Wahlvorganges, insbesondere die Gewährleistung der geheimen Stimmabgabe.

Insgesamt kam es kaum zu grossen Zwischenfällen. Selbstverständlich hat sich gezeigt, dass das Wahlprozedere sehr kompliziert und zeitaufwendig ist.

Feier mit Mineralwasser

Das politische Klima in und um Tirana war am Wahltag recht nervös. Die Sozialisten schimpften über Radio und Fernsehen, sie würden ganz für die Demokraten arbeiten, die Demokraten andererseits waren sich nicht sicher, ob es zum erhofften Sieg kommen würde. In regelmässigen Abständen orientierten die Medien (Radio und Fernsehen) über die Wahlen.

Ein Besuch um 23 Uhr am Sonntag abend bei den Demokraten zeigte bereits eine sehr ausgelassene Stimmung.

Mangels Champagner schüttelte man Petflaschen mit Mineralwasser und gab sich so doch ein weltmännisches Gebraue angesichts der ständig positiven Meldungen aus allen Landesteilen. Die Nacht hindurch gab es keine Ruhe. Und als am Morgen der deutliche Sieg feststand, strömten Zehntausende zum Lokal der Demokraten.

Mehr als Wahlen

«Die Nacht des Kommunismus geht zu Ende, der Tag der Demokratie bricht an.» So formulierte der Chef der oppositionellen Demokraten, Sali Berisha, stolz und erleichtert den Erdrutschsieg seiner Partei bei den Wahlen in dem von Krisen erschütterten Balkanstaat Albanien.

Gleichzeitig ist die letzte Bastion der Kommunisten in Europa endgültig gefallen. Viele Tränen der Freude, viele lebensfrohe Gesichter waren am Montag zu sehen; ja, das waren nicht einfach nur Wahlen, das war eine Revolution eines Volkes, das erstmals in einer langen, leidvollen Geschichte mit einem klaren Resultat die Geschicke selbst in die Hände nehmen wollte. Schillers «Wilhelm Tell» würde wohl am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts am besten in Albanien mit und nach diesen Wahlen angesiedelt.

Klares Resultat

Der überwältigende Wahlsieg der Demokratischen Partei bei den Parlamentswahlen in Albanien findet in den von ihr errungenen Abgeordnetensitzen ihren Niederschlag. Nach Auszählung der Stimmen in 98 der insgesamt 100 Wahlkreise hat die Partei nach Angaben der

Wahlbehörde 77 Direktsitze im neuen, nach demokratischem Muster gewählten Parlament errungen.

Die ehemalige Kommunistische Partei, die sich jetzt Sozialistische Partei nennt, gewann nur sechs Direktmandate. Bei den Parlamentswahlen vor einem Jahr hatte sie noch zwei Drittel der Parlamentssitze errungen.

Je ein Mandat ging an die Sozialdemokratische Partei und an die Republikaner; die Partei der Menschenrechte, welche vor allem die griechische Minderheit vertritt, erhielt zwei Parlamentssitze.

Humanitäre Hilfe nötig

Mit 28 748 km² ist Albanien halb so gross wie die Schweiz, hat aber mit 3,2 Millionen Einwohnern eine sehr hohe Bevölkerungsdichte. Albanien ist nicht nur das ärmste, vielmehr auch demographisch gesehen das jüngste Land Europas. Da es nur wenig Ansätze zu Industrie gab, muss der Ansatz für die kommende Wirtschaftsentwicklung vor allem im Agrarbereich gefunden werden. Die Voraussetzungen sind nicht allzu schlecht, so dass mit geschickter Förderung zumindest die Eigenversorgung sichergestellt werden kann.

Ein zweiter Ansatzpunkt liegt im Tourismus, und zwar von den schönen unverbrauchten Stränden bis hinauf zu den malerischen Bergen. Dass das Tourismuskonzept aber zum Tragen kommen könnte, setzt voraus, dass die Spital- und Sanitätsinfrastruktur im grossen Stil neu aufgestellt und völlig verbessert werden muss.

Wer heute ein Spital in Tirana besucht, der wähnt sich nicht einmal in einem Dritt-

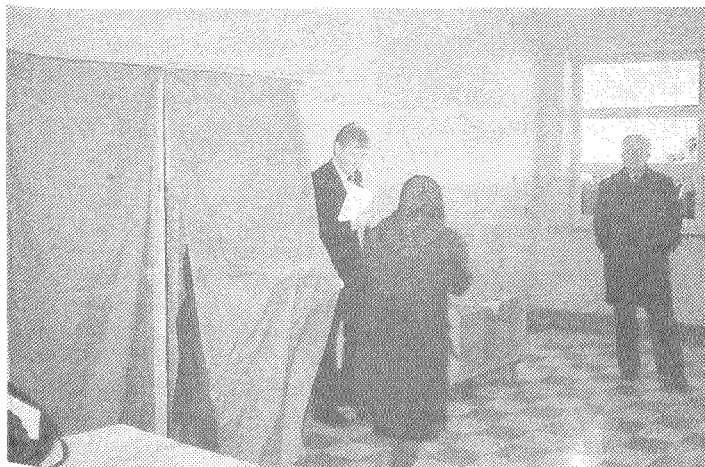
weltland. Hier muss insbesondere auch die schweizerische humanitäre Hilfe einsetzen, und nicht von ungefähr ist denn auch ein Vertreter des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps in Tirana. In der albanischen Hauptstadt ist auch ein Schweizer Vertreter des IKRK, der dort u. a. die Situation der politischen Gefangenen überwacht (u. a. Frau Hodscha).

Grosse Erwartungen

Doch durch den Wahlsieg der Demokratischen Partei sind die Probleme nicht gelöst. Im Gegenteil: die Partei sieht sich grossen Erwartungen gegenüber. Die Menschen hoffen, dass nunmehr endlich der Weg in eine bessere Zukunft beginnen kann.

Die Demokratische Partei hatte vor den Wahlen als oberstes Ziel erklärt, in dem Balkanland müsse es endlich wieder «Ruhe und Ordnung» geben. Wie ihr das gelingen kann, wagt allerdings niemand zu sagen. Die Fabriken stehen mangels Rohstoffen still, zwei Drittel der Erwachsenen sind arbeitslos, in den Läden gibt es kaum etwas zu kaufen. Man rechnet in Tirana allgemein nach dem Wahlsieg der demokratischen Kräfte mit einem Anstieg der Hilfe aus dem Westen. Aber die Erwartungen der hungernden Bevölkerung sind viel zu hoch. Die siegreiche Demokratische Partei steht deshalb vor einem kaum lösbaren Problem.

Ausländische Hilfe ist mehr als angesagt, insbesondere auch Schweizer Hilfe, nicht dauerhafte Gewöhnung an externe finanzielle und materielle Infusionen, vielmehr Hilfe zur Selbsthilfe. □



Der Solothurner FDP-Nationalrat Urs Scheidegger (links) als Wahlbeobachter in einem albanischen Wahllokal.



Beim Wählen kam es kaum zu grossen Zwischenfällen. Das Wahlprozedere war aber sehr kompliziert und zeitaufwendig.

Zeitbomben entschärfen

Mit einem von 87 Kolleginnen und Kollegen mitunterzeichneten Postulat habe ich den Bundesrat in der Frühlingssession 1992 aufgefordert zu prüfen, ob und wie die Schweiz im Rahmen der bereits beschlossenen und allenfalls noch zu beschliessenden Osteuropahilfe zur Sanierung der Kernkraftwerke im ehemaligen Ostblock beitragen kann. Vor allem sei der Einsatz schweizerischer Nuklearfachleute zur Mitwirkung bei der Lösung dieser Aufgaben in Erwägung zu ziehen.

Nationalrat Ulrich Fischer (AG)

Der Zustand der Kernkraftwerke im ehemaligen Ostblock gibt berechtigterweise zu grossen Sorgen Anlass. Ein weiteres Tschernobyl würde wohl auch den Todesstoss für die Nutzung der Kernenergie im Westen bedeuten. Es muss deshalb alles daran gesetzt werden, dass solches nicht passiert. Kosloduj in Bulgarien sowie Sosnowi Bor in Russland sind weitere Namen von Kernkraftwerken, die in letzter Zeit bereits für negative Schlagzeilen gesorgt haben, ohne dass glücklicherweise bisher ein ernsthafter Zwischenfall mit Auswirkungen gegen aussen passiert ist.

An einer Tagung der internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien wurde Anfang April von Experten aus 13 Ländern erneut auf die Dringlichkeit hingewiesen, vor allem das Sicherheitsproblem der russischen und ukrainischen Reaktoren vom Typ Tschernobyl ohne Verzug anzupacken.

Die einfachste Lösung würde in einer Stilllegung aller Kernkraftwerke liegen, die nicht westlichem Standard entsprechen. Angesichts der schlechten Energieversorgung dieser Länder wäre dies volkswirtschaftlich allerdings nicht zu verantworten. Deshalb muss dafür gesorgt werden, dass jene Kernkraftwerke, bei denen dies noch möglich ist, nachgerüstet die anderen, bei denen selbst dies aus Sicherheitsgründen nicht mehr zu verantworten ist, jedoch stillgelegt werden.

Der Westen ist – nicht zuletzt aus Eigeninteresse – aufgerufen, hier massgeblich mitzuhelfen, zumal Exponenten aus den ehemaligen Ostblockstaaten erklärt haben, dass diese Länder aus fachlichen und finanziellen Gründen nicht in der Lage seien, diese Aufgabe aus eigener Kraft zu lösen.

Hilfe für Osteuropa

Die eidgenössischen Räte haben bereits über eine Milliarde Franken zur Unterstützung der Staaten Osteuropas beschlossen. Weitere Kredite dürften folgen, zumal die aussenpolitische Kommission des Nationalrates bereits solche Signale ausgesandt hat. Entsprechendes geschieht in den übrigen Industrieländern.

Die Erfahrung zeigt, dass der sinnvolle Einsatz dieser Gelder oft Schwierigkeiten bereitet, die Gefahr des Missbrauchs nicht immer gebannt werden kann, besonders dann, wenn nicht im voraus klar definiert ist, welchem konkreten Projekt

diese Mittel zugeführt werden sollen. Es scheint deshalb richtig, Verwendungsmöglichkeiten zu wählen, die für die betroffenen Staaten einen optimalen Nutzen bringen, und gleichzeitig den Geberländern die Möglichkeit einzuräumen, den Einsatz der Gelder zu begleiten.

Die Akzeptanz solcher Hilfsmassnahmen ist erfahrungsgemäss bedeutend grösser, wenn der Bürger konkret nachvollziehen kann, was mit seinem Geld geschieht, und nicht befürchten muss, dieses verschwinde in irgendwelchen dubiosen Taschen im Empfängerland.

Sanierung der Kernkraftwerke

Die Schweiz verfügt über hervorragende Nuklearfachleute, die angesichts der Situation in unserem Land mit dem zehnjährigen Kernenergiemoratorium, das noch bis zum Jahr 2000 dauert, aber sukzessive abwandern. Es liegt nahe, diese Fachleute im Rahmen der Osteuropahilfe zur Überprüfung und eventuellen Sanierung der dortigen Kernkraftwerke einzusetzen. Damit könnten folgendes erreicht werden:

- Verringerung der Gefahr eines weiteren Kernkraftwerkunfalls in Osteuropa
- Verbesserung der Energieversorgung der osteuropäischen Länder



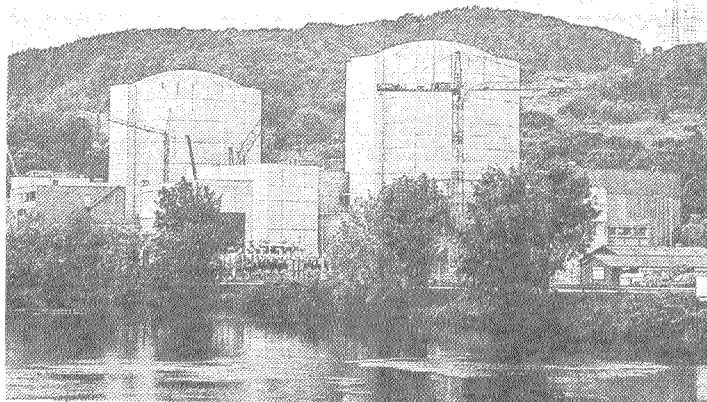
Nationalrat Ulrich Fischer.

- Sinnvoller Einsatz der Osteuropahilfe
- Kontrolle über den Einsatz der Gelder
- Gute aussenpolitische Initiative der Schweiz
- Demonstration schweizerischer Kompetenz im Nuklearbereich
- Bremsung der Abwanderung schweizerischer Nuklearfachleute.

Konkrete Massnahmen

Die Idee ist bei den Fachleuten schweizerischer Ingenieurunternehmungen und bei der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie bereits auf fruchtbaren Boden gefallen. Anzustreben wäre eine koordinierte, wirksam gebündelte Aktion von Bund, Betreibern, Forschung und Ingenieurunternehmungen, die sich auf die praktische Unterstützung in einem ausgewählten Land oder auf einen konkreten Aspekt konzentriert. Eine solche Aktion wäre der Kapazität des Kleinstaates Schweiz angemessen und könnte für andere – vor allem westliche – Staaten beispielgebend wirken.

Das Gespräch zwischen den schweizerischerseits zu beteiligenden Partnern ist eingeleitet. Es darf davon ausgegangen werden, dass Massnahmen im Sinne des Postulates tatsächlich in die Tat umgesetzt werden können, sofern nicht bürokratische Hindernisse eine notwendige Aktion scheitern lassen.



Die hervorragende Kompetenz schweizerischer Nuklearfachleute (im Bild das Kernkraftwerk Beznau) soll im Rahmen der Osteuropahilfe eingesetzt werden zur Überprüfung der Kernkraftwerke im ehemaligen Ostblock. Diese Idee hat der Aargauer FDP-Nationalrat Ulrich Fischer lanciert. (Photo Stahl)

Der Weg für die Erfüllung des Postulates ist damit bereits ein Stück weit geebnet worden, so dass dessen Entgegennahme durch den Bundesrat nichts entgegenstehen dürfte. □

Zur Europapolitik des Bundes

Anlässlich der Freitagrunde am Fernsehen vom 3. April 1992 konnte man von Bundesrat Otto Stich vernehmen, dass das in den Jahren 1991 bis 1995 zu erwartende Totaldefizit von etwa 19 Milliarden Franken nur durch rigorose Sparmassnahmen und neue Mehreinnahmen überwunden werden könne. Unter Mehreinnahmen versteht er zum Beispiel einen Zuschlag von 25 Rappen auf den Benzinpreis und weitere hohe Steuern sowie Aufnahme von grossen Obligationenanleihen am Kapitalmarkt mit entsprechend hohen Zinslasten, die wiederum auf den Steuerzahler zurückfallen.

Die erfreulich mutigen Voten von Nationalrat Walter Frey und Nationalrätin Vreni Spoerri wiesen solche Gedanken energisch zurück, da damit nur wieder die schwer kämpfende Wirtschaft mit über 75 000 Arbeitslosen und über 40 000 Kurzarbeitern belastet werde.

Angesichts dieser trostlosen Defizitwirtschaft ist es mir unverständlich, dass uns am 17. Mai zugemutet wird, abzustimmen über einen Beitritt zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank. Zum grossen Glück wurde dagegen das Referendum ergriffen. Ich bin überzeugt, dass das aufgeschlossene Schweizer Volk entgegen den Empfehlungen von Bundesrat und Parlament sowie den unverständlichen Ja-Parolen bürgerlicher Parteien ein entschlossenes Nein in die Urnen legen wird.

Der masslosen Verschwendung unseres Volksvermögens an internationale Institutionen, denen wir nur als zahlungskräftiges Mitglied willkommen sind, muss nun endlich einmal ein ganz energischer Einhalt geboten werden. Unser Land verfügt in der heutigen Situation gar nicht über diese Milliardenbeträge, denn die Eidgenossenschaft hat bereits eine Obligationenschuld von über 12 Milliarden, die mit Steuergeldern zu verzinsen sind. Zudem jammert Bundesrat Stich immer über eine leere Bundeskasse, speziell dann, wenn es um schweizerische Probleme geht, deren es genug gibt und die viel dringender wären als die fragwürdige

Mitgliedschaft bei internationalen Institutionen. Wenn das Schweizervolk der Neat zustimmt, mit Kosten von 24 Milliarden, so betrifft dies unsere ureigensten Interessen, um den stark zunehmenden Güterverkehr im Transit durch die Schweiz auf die Schienen zu bringen und damit unsere Strassen und die Umwelt zu entlasten.

Bereits im Jahre 1993 steht uns ein weiterer schwerer Entscheid bevor über den Beitritt zum EWR oder gar zu einem EG-Beitritts-Gesuch. Kürzlich gab Bundesrat Delamuraz am Fernsehen bekannt, dass uns ein EWR-Beitritt jährlich 500 Millionen kosten werde. Leider verschweigt man uns aber, dass die Schweiz bei einem

EG-Beitritt Jahresbeiträge von mehreren Milliarden Franken zu leisten hätte, um den kostspieligen Verwaltungsapparat in Brüssel mit seinen Tausenden von Angestellten mitzufinanzieren. Mit dem Beitritt zu diesen Organisationen verspricht man uns das grosse Heil; in Wirklichkeit sieht aber die Realität ganz anders aus, denn was die EG von der Schweiz verlangen würde, geht weit über jedes vernünftige Mass hinaus. Auch hier wird das Schweizervolk seinen gesunden Menschenverstand walten lassen und zu richtigen Entscheidungen gelangen. Hoffen darf man immer!

*Bruno E. Harder,
Niederurnen,
kantonaler FDP-Delegierter*

Unser Steuersystem ist reformbedürftig!

Beim Aufbau des schweizerischen Steuersystems wurden primär zwei Ziele verfolgt. Steuern müssen erstens die öffentlichen Aufgaben finanzieren und zweitens sozial verträglich sein. Für eine gesunde Entwicklung unserer Volkswirtschaft hat das Steuersystem aber noch weitere Aufgaben zu erfüllen. Nebst der Finanzierung der Staatsausgaben sowie der Sicherstellung eines minimalen sozialen Ausgleichs muss ein zukünftiges Steuersystem ausreichend Anreiz für unternehmerische Tätigkeiten und umweltverträgliches Handeln bieten, für die Steuerzahler einfach verständlich und transparent sein sowie mit kleinem administrativem Aufwand vollzogen werden können. Diese zusätzlichen Anforderungen werden vom bestehenden Steuersystem bei weitem nicht erfüllt.

Eine gesunde Volkswirtschaft ist Grundlage für Wohlstand, die Erhaltung der Arbeitsplätze, den Schutz von Umwelt und sozial schwächeren Personen. Investitionen in industrielle Anlagen, Forschung, Bildung und vieles

mehr sind Schlüssel für eine langfristig gesunde und prosperierende Volkswirtschaft. In einer gesunden Volkswirtschaft kann langfristig nur soviel investiert werden, wie auch gespart wird. Diesen Zusammenhang lernt jeder Betriebswirtschaftsstudent im ersten Semester; scheinbar aber nicht die für die Steuergesetzgebung verantwortlichen Personen.

Das heutige Steuersystem bietet keinen Anreiz zum Sparen, im Gegenteil: es fördert den Konsum auf Pump. Die Besteuerung von Vermögen und Vermögenserträgen bewirkt, dass bei den erzielbaren, bescheidenen Realzinsen von zwei bis drei Prozent vor Steuern nach Berücksichtigung der Besteuerung und Geldentwertung der Realwert des gesparten Vermögens laufend abnimmt. Wenn schon eine Besteuerung der Vermögenserträge, dann müsste diese auf die realen Vermögenserträge begrenzt werden.

Als Konsequenz von diesem Missstand fehlt der breite Sparwillen für die dringend erforderliche Finanzierung der

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

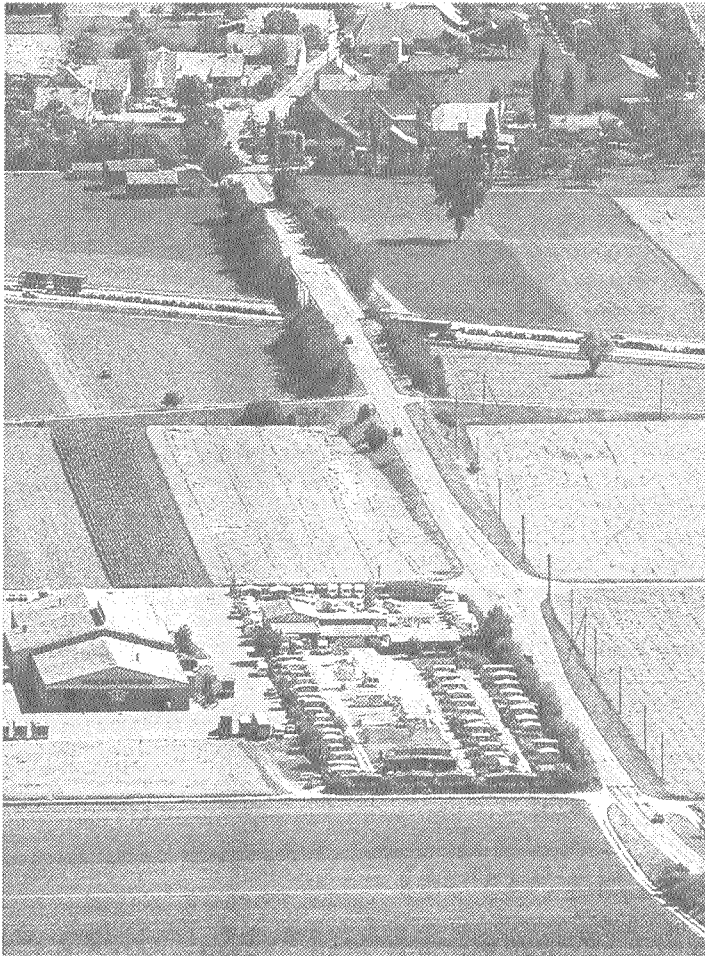
Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

überlebenswichtigen Investitionen. Mit dem bestehenden Steuersystem werden nicht die der Volkswirtschaft dienenden Sparer belohnt, sondern bestraft; belohnt werden diejenigen Personen, die auf Kredit konsumieren und mit übermässigem Konsum der Volkswirtschaft schaden. Im Extremfall geht die Belohnung soweit, dass beim Konkurs das Allgemeinwohl zulasten der Allgemeinheit Unterstützung bietet.

Die Besteuerung von Vermögen widerspricht zudem dem Prinzip des Verzichts auf eine Doppelbesteuerung. Das aktuelle Steuersystem lässt aber im Gegenteil eine Mehrfachbesteuerung zu. Zuerst wird das Erwerbseinkommen besteuert, dann das vom versteuerten Einkommen gesparte Vermögen, dann die Vermögenserträge, und schliesslich ist bei der Finanzierung von Konsum durch Vermögen die Warenumsatzsteuer zu bezahlen.

Bei den juristischen Personen erschweren die Kapitalsteuern den Aufbau von neuen, zukunftssträchtigen Unternehmen. Jedes neue Unternehmen erwirtschaftet in der Aufbauphase Verluste. Trotz diesen Verlusten muss der Unternehmer Kapitalsteuern bezahlen, die die Finanzierungsbasis für eine gesunde Firmentwicklung schmälern. Werden in einem späteren Zeitpunkt von den Unternehmen Gewinne erzielt, dann ist nebst der Kapitalsteuer noch eine Gewinnsteuer zu entrichten. Die in der Praxis vorhandenen

Fortsetzung auf Seite 18



Mobilität gleich Umweltschädigung?

Im Rahmen des Vertragswerkes zwischen der EG und den EFTA-Staaten über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) spielt die Verkehrswirtschaft eine wichtige Rolle. Da der Integrationsprozess das wirtschaftliche Wachstum begünstigt, wird auch mit verstärkter Mobilität gerechnet. Grüne Kritiker des Binnenmarktmodells setzen Mobilität dabei oft unbesehen mit Umweltschädigungen gleich. Ist das unausweichlich? Oder besser gefragt: Nimmt man in Brüssel solche Probleme wahr?

Die EG-Kommission hat unlängst ein Grundbuch über Verkehr und Umwelt veröffentlicht. Es wird darin keineswegs ver-schwiegen, dass zunehmende Transporte ökologische Probleme stellen können. Aber die EG-Studie enthält ebenfalls die Schlussfolgerung, dass «der Mobilitätszuwachs erträglich bleibt», sofern dafür angemessene Rahmenbedingungen gesetzt werden. Bei den vorgeschlagenen Einzelmassnahmen tritt man auf neuzeitliche Elemente, die auch in der schweizerischen Diskussion von Belang sind. Die Rede ist von strengen Umweltnormen für die verschiedenen Verkehrsmittel, von der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit umweltschonender Transportvarianten, vom Ausbau der Infrastrukturen für den öffentlichen Verkehr, von der Erlassung der externen Kosten bei der Verkehrsbesteuerung, von fiskalischen Anreizen zugunsten schadstoffarmer Transporttechniken, von der Förderung der Forschung über «saubere Energien» und von ökologischer Bewusstseinsbildung bei den Verkehrsteilnehmern aller Sparten. Manches, was Brüssel zu dem Thema zu sagen hat, ist noch Programm, deutet aber in eine sinnvolle Richtung.

Antwort

Fortsetzung von Seite 17

hohen Gewinnsteuern sind nur Hemmschuh und leider kein Anreiz für die Förderung des überlebenswichtigen Unternehmertums.

Bund und Staat bereichern sich an ihren Bürgern mit einer Vielzahl von weiteren Steuerabgaben wie Erbschaftssteuern, Handänderungssteuern, Grundstückgewinnsteuern, Stempelsteuern, Zöllen, Verkehrssteuern, Hundesteuern, Billettsteuern u. a. m., ohne dass dafür von Bund und Staat konkrete Leistungen erbracht werden. All diese einzelnen Steuern konnten politisch durchgesetzt werden, weil jeweils nur eine Minderheit davon betroffen wurde.

Im weiteren wird bei der Steuergesetzgebung vom Bund fahrlässig die Bundesverfassung Artikel 4 verletzt, indem doppelverdienende Ehepaare infolge der übermässigen Progression und trotz zwei unterschiedlichen Steuertarifen immer noch wesentlich stärker als Konkubinatspaare zur Kasse gebeten werden. Infolge fehlenden Verfassungsgerichts kann ein Einzelbürger gegen diesen Missstand aber praktisch nichts unternehmen. Es stellt sich dabei die grundsätzliche Frage, ob nicht der Bundesverfassung entsprechende Steuergesetze für die Steuerzahler überhaupt rechtlich verbindlich sind. Da die mittelalterlichen Raubritter der Vergangenheit angehören, scheinen im zwanzigsten Jahrhundert Bund und Staat diese Funktion übernommen zu haben.

Bei einer Steuerreform muss ganzheitliches Denken im Vordergrund stehen. Man kann aus der bestehenden Steuermisere nicht durch punktuelle und suboptimale Korrekturen herauskommen. Mit dem Ersatz aller bestehenden Steuern durch eine einzige Umsatzsteuer in der Form einer Mehrwertsteuer können die genannten Missstände im schweizerischen Steuersystem behoben und der administrative Aufwand für die Verrechnung der Steuern wesentlich reduziert werden.

Es werden nur noch diejenigen Personen und Unternehmen besteuert, die Produkte und Dienstleistungen konsumieren. Sparer bezahlen erst Steuern, wenn die Spargut-

haben zur Finanzierung von Konsum verwendet werden.

Eine Umsatzsteuer ist sozial verträglich. Grossverdiener konsumieren im Durchschnitt mehr als Kleinverdiener. Grossverdiener konsumieren auch eher Luxusartikel und bezahlen entsprechend der heutigen Progression anteilmässig mehr Steuern als die sozial schwächer gestellten Personen.

Eine Umsatzsteuer ist im weiteren höchst umweltverträglich. Die Umwelt wird durch den Konsum belastet. Jeder Konsument bezahlt mit einer Umsatzsteuer gleichzeitig auch seine «Umweltsteuer». Mit einer Umsatzsteuer braucht es keinen administrativ aufwendigen Ökobonus oder andere verrückte Ideen wie die Entschädigung des Verzichts auf industrielle Produktion.

Der Ersatz aller bestehenden Steuerabgaben durch eine einzige Umsatzsteuer stösst mit Sicherheit nicht überall auf Belieben. Werden mit einer Steuerreform gleichzeitig der öffentlichen Hand weniger Gelder zugeführt und wird eine Reduktion der Staatsquote erzwungen, dann ist dies einerseits im Interesse einer produktiven Volkswirtschaft, andererseits dürfte eine derartige Steuerreform die meisten Stimmbürger befriedigen, für die Sicherung einer gesunden schweizerischen Volkswirtschaft werden wir nicht darum herumkommen, rasch grosse Würfe zu lancieren, bei denen es Gewinner und Verlierer geben wird. Wenn unsere Politiker noch lange warten, dann gehört aber schnell das ganze Volk zu den Verlierern, und das Ausland wird unsere Position einnehmen.

In Zukunft wird es kaum mehr möglich sein, in traditioneller eidgenössischer Manier langsam vorwärts zu schreiten und zu versuchen, jedem seine Interessen in Form von politisch befriedigenden, aber materiell untauglichen Kompromissen zu wahren. Es ist zu hoffen, dass die bürgerlichen und vor allem die freisinnigen Politiker diesen Handlungsbedarf als Chance erkennen und in Kürze entsprechend handeln werden.

Thomas Wälchli
Vizepräsident
FDP Münchenstein



Für Ständeräte haben die Wochen acht Tage

Mein erstes Halbjahr als Schwyzer Standesvertreter in Bern ist vorbei, und ich habe mich mehr oder weniger an den neuen Lebensrhythmus gewöhnt. Ständeräte leben schneller, dafür dauert ihre Woche auch einen Tag länger. Ich kann zusammenzählen, wie ich will, die im Kalender vorgesehenen Wochentage genügen nie. Tröstlich ist für mich, dass es den alten Hasen unter den Parlamentariern auch nicht besser geht.

Ständerat Hans Bisig

Angefangen hat das Ganze mit der sicher zwingend erforderlichen Parlamentsreform. Mit dieser sollte den chronischen Terminproblemen begegnet und die Professionalität und damit auch die Seriosität gesteigert werden. Konnten früher die Sitzungstermine auch beim besten Willen der Beteiligten nicht mehr koordiniert werden, so schaffen heute Bundesräte ohne weiteres pro Halbtage bis zu drei Kommissionssitzungen.

In meinem Terminkalender waren Anfang Jahr 120 Sitzungstage angedrungen, die dann dank den Verspätungen des EWR-Zuges auf rund 110 Tage reduziert werden konnten. Dazu kommen noch die Partearbeit und die Mitarbeit auf kantonaler, Bezirks- und kommunaler Ebene.

Besonders wichtig für einen eidgenössischen Parlamentarier ist auch ein regelmässiger und intensiver Kontakt mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, wenn er nicht im luftleeren Raum politisieren will.

Letztlich bleibt noch der angestammte Beruf, der nicht nur den Hauptverdienst sicherstellen muss, der auch eine wichtige Motivationsspritze darstellt. Gerade für mich als praxisorientierten Politiker ist der berufliche Alltag von besonderer Bedeutung. Hier erfahre ich ja, was wohlmeinende Theoretiker aus- aber nicht fertiggedacht haben. Hier erlebe ich unsere Überreglementierung tagtäglich und sehe auch, dass und wo Abstriche möglich wären. Hier sehe ich auch, wo der Schuh wirklich drückt, dass sehr viele Probleme handgreiflich und nicht philosophisch gelöst werden müssen. Die Berner Termine

sind also für das ganze Jahr zum Voraus festgelegt, die politische Mitarbeit auf allen Ebenen unumgänglich, ein guter Kontakt zur Bevölkerung zwingend und eine aktive Teil-

nahme am Berufsleben von existenzieller Bedeutung.

Letztlich müssen auch die Familie und die persönliche Psyche gepflegt werden, denn nur ein laufend regenerierter

Geist verfügt über die notwendige Kraft, verführerischen Angeboten zu widerstehen und unbefangen zu entscheiden. Trotz allen Problemen mit den fehlenden Stunden und Tagen geniesse ich es, an der Gestaltung und Aufarbeitung einer heutigen Schweiz mitwirken zu können. Aktuelle Möglichkeiten dazu bieten mir momentan vor allem die Mitarbeit an den Regierungsrichtlinien für die nächsten vier Jahre und die Behandlung der integrationspolitischen Bereiche in den verschiedenen Kommissionen. In bin gerne bereit, von Zeit zu Zeit darüber zu rapportieren, um die Bundespolitik wenigstens etwas verständlicher zu machen. □

Abstimmung vom 17. Mai 1992: Parolenspiegel der FDP

	Bretton Woods		Gewässerschutz		Zivildienst	Gentechn.	Sexualstrafr.
	Beitritt	Gesetz	Initiative	Gesetz			
CH	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
AG	JA	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	JA
AR	JA	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA
BE	JA	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA
BL	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
BS	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
FR	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
GE	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	NEIN	JA
GL	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
GR	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
JU	JA	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA
LU	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
NE	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	NEIN
NW	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
OW	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
SG	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
SH	JA	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA
SO	JA	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA
SZ	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
TG	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
TI	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
UR	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
VD	JA	JA	NEIN	NEIN	NEIN	JA	JA
VS	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
ZG	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
ZH	JA	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	JA